Nr. 162. – 33. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,30 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Donnerstag, den 15. Juni 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Serbien und die serbischen Sozialisten.

In den letzten Wochen hat sich die Presse wieder angelegentlich mit der serbischen Frage beschäftigt. Veranlassung hierzu gab einerseits die Reise, die der serbische Ministerpräsident Pasitsch in wichtiger diplomatischer Mission nach London, Paris, Petersburg und Rom unternahm, andererseits die Diskussion, die wieder zwischen der italienischen und der serbischen Presse wegen der Zukunft Serbiens und seiner Ansprüche an der Adria eingesetzt hat. Ist man auch bei der Beurteilung dieser Vorgänge mehr oder minder auf Vermutungen angewiesen, da namentlich die Pressenachrichten über die diplomatischen Unterhandlungen Pasitschs unklar und widerspruchsvoll gehalten sind, so läßt sich doch aus allen Erörterungen der Kern herausschälen, daß die jetzigen Unterhandlungen der leitenden Staatsmänner Serbiens mit den Regierungen der Entente vor allem auf zwei Dinge gerichtet sind: erstens auf die Anerkennung bestimmter territorialer Ansprüche Serbiens für den Fall der Einleitung von Friedensverhandlungen, zweitens auf die Schonung der serbischen Armee bei etwaigen Kriegshandlungen auf dem Balkan. Darüber hinaus sind die Bemühungen der serbischen Staatsmänner — wie das namentlich anläßlich verschiedener öffentlicher Veranstaltungen beim Besuch Pasitschs in Petersburg, Moskau und Odessa zutage trat —, wie auch die Bestrebungen der neuerdings im Auslande erscheinenden serbischen Organe darauf gerichtet, den Ansprüchen Serbiens in der öffentlichen Meinung der Ententeländer Geltung zu verschaffen.

Welche Motive diesen Bemühungen der leitenden Männer Serbiens zugrunde liegen, ist unschwer zu erkennen. Angesichts der ungeheuren Verluste, die Serbien im Kriege erlitten hat — man spricht von einer Million von insgesamt 4¼ Millionen Einwohnern —, handelt es sich einmal darum, die Ueberreste der Armee oder richtiger aller Männer im waffenfähigen Alter für die Zukunft Serbiens zu erhalten. Laut ertönt die Klage vieler Serben: „Wozu brauchen wir ein großes Serbien, wenn es keine Serben mehr geben wird?" und diesem Rufe gegenüber können sich die serbischen Staatsmänner, bei aller Schwierigkeit, die Schonung der serbischen Streitkräfte bei den Verbündeten durchzusetzen, nicht gleichgültig verhalten. Noch mehr aber gilt es für sie, ihren Zusammenhang mit den Regierungen und Völkern der verbündeten Staaten aufrecht zu erhalten und Zusicherungen zu erlangen, die ihre Politik zu rechtfertigen und die zunehmende Unzufriedenheit in serbischen Kreisen zu beschwichtigen vermöchte.

Ob und in welchem Maße den serbischen Staatsmännern dieses gelingen wird, hängt freilich weniger von ihnen, als von der ganzen Kriegslage ab, die wenig Tröstliches für sie bietet. Worauf es hier aber vor allem ankommt, ist die Feststellung, daß gerade diese Tatsache die Richtigkeit des Standpunktes unserer serbischen Genossen dartut, die allen auf die „nationale Einigung" der Serben und auf die Schaffung eines „Groß-Serbiens" gerichteten Bestrebungen der bürgerlichen Parteien und der Regierung mit dem Hinweis auf den komplizierten internationalen Charakter des serbischen Problems in der europäischen Politik entgegentraten und eine zunehmende Abhängigkeit Serbiens von der Willkür der Großmächte prophezeiten.

Das ist überhaupt das Kennzeichnende für die Haltung unserer serbischen Genossen, daß sie das Schicksal und die Rolle ihres Landes nicht isoliert betrachteten, sondern in Zusammenhang mit der internationalen Lage, die im Zeitalter der hochkapitalistischen Spannungen und der imperialistischen Gegensätze der Großmächte auch dem nationalen Einigungsbestreben oder dem Selbsterhaltungstrieb kleinerer Staaten ihren nationalen Charakter nimmt und sie in ein internationales Problem verwandelt. Betrachtet man die neuere Geschichte Serbiens isoliert und erinnert man sich der Kämpfe, die dieses von allen Seiten eingeschnürte, vom internationalen Warenverkehr fast abgeschnittene aufblühende Agrarland durchzumachen hatte, so muß man den Worten unseres serbischen Genossen Duschan Popowitsch recht geben, der im August v. J. schrieb: „Wenn die Sozialdemokratie irgendwo überhaupt das Recht hatte, für den Krieg zu stimmen, so in erster Linie in Serbien." Trotzdem waren die serbischen Sozialisten, eben weil sie die Dinge nicht isoliert betrachteten und sich deshalb nicht auf die gekünstelte Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg einließen, ausnahmslos Gegner des Krieges. Und als am Tage der serbischen Mobilmachung das Zentralkomitee der serbischen Sozialdemokratie zusammentrat, stellte es sich, wie schon in den vorhergehenden Balkankriegen, ohne Einschränkung auf den Boden der Bekämpfung des Krieges, obwohl dieser in den Augen der Bourgeoisie und der breiten Massen ein „nationaler Befreiungskrieg" war.

Die Motive, die für diesen Beschluß maßgebend waren, formulierte Genosse Duschan Popowitsch folgendermaßen: „Für uns war die Tatsache entscheidend, daß der Krieg zwischen Serbien und Oesterreich nur einen kleinen Teil, nur die Ouvertüre zum europäischen Weltkrieg bildete, der nach unserer tiefsten Ueberzeugung keinen anderen als einen scharf ausgeprägten imperialistischen, kapitalistischen Charakter tragen konnte. Deshalb erachteten wir es als unsere gebieterische Pflicht, als Teil der großen sozialistischen, proletarischen Internationale mit aller Entschiedenheit gegen den Krieg aufzutreten."

Hierzu kommt noch ein anderes. Wie Genosse T. Katzlerowitsch, einer der beiden sozialdemokratischen Abgeordneten in der serbischen Skuptschina (der zweite, Genosse Laptschewitsch, ist zurzeit in Serbien tätig), in einem instruktiven Bericht im „Bulletin" der Berner J. S. K. ausführt, vertraten unsere serbischen Genossen bei Ausbruch des Weltkrieges wie bereits früher den Standpunkt, daß Serbien mit seinen nationalen Bestrebungen und seinem Gebiet nur als Tauschmünze für die Ausgleichung der gegensätzlichen Interessen der europäischen Mächtegruppen dienen und in noch größere Abhängigkeit von den Großmächten geraten würde. Dieser Standpunkt hat sich, wie schon jetzt deutlich zu erkennen ist, als prophetisch erwiesen. Und die serbische Partei hat sich von diesem Standpunkt wie von dem der allgemeinen Gegnerschaft zum Kriege und der daraus sich ergebenden Pflichten der sozialistischen Parteien ihre Haltung während des Krieges diktieren lassen. Genosse Katzlerowitsch schreibt darüber: „Vor Ausbruch des europäischen Krieges ... kam der tragische Moment für Serbien und seine Nation. Auch dann waren wir gegen den Krieg, haben sehr oft gegen ihn gesprochen und immer gegen die Kriegskredite gestimmt."

„Man kann nicht einwenden — fährt er fort — die sozialdemokratische Partei in Serbien sei klein, sie habe nur zwei Abgeordnete, ihre Haltung sei ohne Einfluß auf die Ereignisse, und deswegen habe sie nach freiem Entschluß handeln können.... Nein! In der Sozialdemokratie gibt es, wenn es sich um den Krieg handelt.... Unsere Partei hat im Verlauf des europäischen Krieges nicht nur gegen den Krieg gesprochen und die Kriegskredite abgelehnt, sie hat auch wiederholt formelle Friedensvorschläge postuliert. Und als die Katastrophe kam, hat der Unterzeichnete im Namen der sozialdemokratischen Partei Serbiens am 5. Dezember 1915 in Skutari der Regierung ein Memorandum mit der Forderung des Friedensschlusses vorgelegt. Dieses Memorandum schließt mit den Worten:

„Indem ich die serbische Regierung für den Untergang Serbiens und für all das Entsetzliche, das sich vor unseren Augen abgespielt hat, verantwortlich mache, fordere ich die Regierung in letzter Stunde zum Rückzuge auf und verlange, daß sie der Wahrheit in die Augen schaue. Ich sage der Regierung, sie hat kein Recht, um auch noch diesen Rest des einstigen serbischen Volkes zu töten und zugrunde zu richten.... Die Regierung muß wissen, daß die Stimmung des Volkes nicht mit ihrer bisherigen Politik übereinstimmt. Das Volk will den Frieden, die Regierung darf kein Spiel treiben mit dem Volk. Ich verlange also von der Regierung, daß sie sofort Friedensverhandlungen einleite und dafür sorge, daß das Heer und die Bevölkerung, die sich hier befindet, unter möglichst wenig Qualen in ihre Häuser zurückkehren können."

Die Sprache dieses Memorandums der serbischen Sozialdemokratie war für die Regierung keineswegs neu. In ähnlicher Weise hatten die Organe der Partei trotz aller Zensurschwierigkeiten und die Abgeordneten im Parlament während der ganzen Kriegszeit gesprochen, und die Aufnahme, die diese Kritik selbst im Bürgertum und bei den bürgerlichen Parteien allmählich fand, konnte unsere Genossen nur ermutigen, ihre Arbeit fortzusetzen. Auch als das geflüchtete serbische Parlament in Nizza zusammentrat, wurde Genosse Katzlerowitsch nicht müde, in den Klubs aller Abgeordneten gegen die Kriegspolitik der Regierung und für den Frieden zu sprechen. Und jetzt, wo die Regierungsmänner um Pasitsch krampfhaft bemüht sind, den Zusammenbruch ihrer Politik durch Verhandlungen mit der Diplomatie der verbündeten Staaten zu verdecken und dem Volke die Wahrheit vorzuenthalten, daß Serbien auch in dem Weltkrieg nur als Tauschmünze für die Ausgleichung der Interessen der großen Mächtegruppen dient, wirken unsere Genossen im Lande wie auf der „Odysseenfahrt" der Geflüchteten für die Ziele unserer Partei, von der unerschütterlichen Ueberzeugung durchdrungen, daß nur eine solche Tätigkeit den Frieden beschleunigen und die besonderen und allgemeinen Ziele der Balkansozialisten der Verwirklichung nahe zu bringen vermag.

Verschiebung der Internationalen Sozialistischen Konferenz.

Haag, 14. Juni. Das Internationale Sozialistische Bureau hat im Einvernehmen mit der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten und mit Rücksicht auf die Lage in Norwegen beschlossen, die Internationale Sozialistische Konferenz der neutralen Länder, die zunächst auf den 26. Juni festgesetzt war, bis zum 31. Juli zu verschieben. Zur Teilnahme an der Konferenz sind eingeladen: Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark, die Vereinigten Staaten, die Schweiz, Spanien, Rumänien, Griechenland und Argentinien.

„Gesellschaft der Freunde Jaurès."

In Frankreich hat sich eine „Gesellschaft der Freunde Jaurès" gebildet. Man wollte nicht, daß das Andenken an Jaurès mit der Zeit verblasse, seine Tätigkeit soll vielmehr der Nachwelt erhalten bleiben und ihren Einfluß auch auf die heranwachsenden Generationen ausüben, die ihn nicht gekannt haben.

Die Gesellschaft hat sich folgende Ziele gesetzt:

„1. Mit liebevoller Sorge und mit allen möglichen Mitteln die Erinnerung an Jaurès wach zu halten, und das, was er war, wieder lebendig werden zu lassen, einen Zusammenkunftsakt zu schaffen, der das Haus sein soll, in dem er seine letzten Jahre verbrachte, und dort die Gedenktage zu feiern; sein Arbeitszimmer und seine Bibliothek in dem jetzigen Zustand zu bewahren, endlich und vor allem eine vollständige und vom wissenschaftlichen Standpunkt unantastbare Ausgabe seiner Werke vorzunehmen.

2. Zu gleicher Zeit ein Zentrum für sozialistische Studien zu errichten, wo man die Entwickelung der Lehren und Einrichtungen studieren wird und wo man an der Prüfung der Probleme arbeiten wird, denen Jaurès seine besten Gedanken und seine Kräfte gegeben hat. Nicht indem man immer am Buchstaben der Formeln haften wird — er selbst würde darin einen Mangel an Initiative und geistiger Energie erblickt haben — sondern zu dem Zweck, aus dem Studium seiner Theorien, seiner Eingebungen, seiner prophetischen Intuitionen, alles was sie an Lebendigem und Fruchtbarem enthalten.

Alle, die Jaurès diese Ehrung zuteil werden lassen wollen, werden aufgefordert, sich der Gesellschaft anzuschließen. Ein provisorisches Bureau, zusammengesetzt aus den Genossen Lévy-Bruhl, Moutet und Poisson ist beauftragt worden, eine konstituierende Zusammenkunft einzuberufen, die inzwischen am 7. Juni stattgefunden hat.

Eine ganze Anzahl von Mitgliedern der neuen Gesellschaft werden bereits genannt, wir wissen nicht, ob auch außerhalb der sozialistischen Partei Stehende darunter sind. Jedenfalls finden wir Genossen der Mehrheit und der Minderheit vertreten. Das Andenken Jaurès ist ihnen gleich heilig.

Neue Friedensrede Wilsons.

New York, 13. Juni. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. In einer Ansprache an die Zöglinge der Militärakademie von Westpoint sagte Wilson, daß die Vereinigten Staaten, wenn die Zeit für den Friedensschluß gekommen sein werde, eine uneigennützige Rolle spielen würden. Unter allem, was die Vereinigten Staaten wünschten, sei nichts, was sie durch einen Krieg erlangen müßten, wohl aber gebe es vieles, was die Vereinigten Staaten tun müßten. Sie müßten vor allen Dingen dafür sorgen, daß ihre Lebensinteressen nicht durch irgendeine andere Nation bedroht werden. Ueber die Rüstungen sagte Wilson, die Welt werde einsehen lernen, daß Amerika wirklich meint, was es sagt. Wilson erklärte weiter, es habe ihn in der letzten Zeit sehr beunruhigt, daß einige von denen, die die amerikanischen Bürgerrechte erworben hätten, wenn es auch nach seiner Meinung nur eine sehr kleine Zahl sei, den Geist Amerikas nicht in sich aufgenommen hätten und andere Länder dem Lande, dessen Bürger sie geworden seien, vorzögen. Für Menschen die Amerika nicht über alles stellten, sei in Amerika kein Platz. Wilson schloß: Wir sind bereit, uns mit den übrigen Völkern der Welt zu vereinigen, um dafür zu sorgen, daß die Gerechtigkeit, an die wir glauben, überalles zur Herrschaft gelangt.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 14. Juni. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom Dienstag nachmittag. Auf dem rechten Maasufer erneuerten die Deutschen am Ende des gestrigen Abends ihre Angriffe im gesamten Abschnitt westlich vom Gehöfte Thiaumont. Sie drangen in einige vorgeschobene Teile unserer Stellungen auf den östlichen Abhängen der Höhe 321 ein. Sonst wurden durch unser Feuer die deutschen Angriffe überall zum Scheitern gebracht. Auf dem linken Ufer des Flusses dauerte das Geschützfeuer in der Gegend von Chattoncourt an.

Paris, 14. Juni. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Von der Nordfront von Verdun wird keine Infanterietätigkeit im Laufe des Tages gemeldet. Die Beschießung war in verschiedenen Abschnitten östlich und westlich von der Maas zeitweilig unterbrochen. Der Tag war ruhig an der übrigen Front.

Die englische Meldung.

London, 13. Juni. (W. T. B.) General Haig meldet: Ein Angriff der Kanadier, der gestern früh stattfand, brachte uns alles, was wir erreichen wollten, nämlich unsere alten Stellungen südöstlich von Zillebeke über eine Front von 1500 Yards. Die Kanadier fügten dem Feinde schwere Verluste zu und machten 120 Gefangene. Sie wurden nachher mehrere Stunden lang heftig beschossen, behaupteten aber das eroberte Gelände, das nunmehr verstärkt wird. Heftige Beschießungen durch den Feind dauern den ganzen Tag über an. Unsere Artillerie antwortete mit Erfolg und vereitelte Versuche des Feindes zu einem Gegenangriff. Wir machten letzte Nacht zwei gelungene Ueberfälle auf feindliche Laufgräben in der Gegend von Ypern.

Deutsche Vergeltungsmaßnahmen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt unter der Ueberschrift: Deutsche und französische Justiz: Zwei in Deutschland kriegsgefangene Offiziere, Leutnant Delcassé und Leutnant Hervé, wurden vor kurzem wegen Gehorsams-

verweigerung kriegsgerichtlich zu 1 und 1½ Jahren Festungsgefängnis verurteilt. Sie hatten sich geweigert, dem Befehl, zum Appell anzutreten, Folge zu leisten, indem sie Krankheit vorschützten. Dem deutschen Vorgesetzten, der sie zum Appell abholen sollte, leisteten sie tätlichen Widerstand, Leutnant Hervé ließ sich außerdem zu Schimpfworten hinreißen. Das Urteil wurde durch das Kriegsgericht gesprochen und nach eingelegter Berufung durch das Oberkriegsgericht bestätigt. Trotzdem es sich hier also um ein rechtsgültiges gerichtliches Urteil handelte, ließ die französische Regierung, ohne daß sie den Versuch machte, die Rechtskraft des Urteils zu prüfen oder irgendwie anzufechten, als Vergeltungsmaßregel zwei kriegsgefangene deutsche Offiziere in Festungshaft überführen. Die deutsche Regierung ist durch diese französische Willkürmaßregel zu einer Gegenmaßnahme gezwungen worden. Für jeden der beiden deutschen Offiziere wurden drei französische Offiziere in ein deutsches Festungsgefängnis übergeführt, in dem sie so lange verbleiben werden, bis die beiden deutschen Offiziere ins Offiziergefangenenlager zurückgekehrt sind.

Gleichzeitig hat die deutsche Regierung ein nicht zu rechtfertigendes Urteil, das gegen den in Frankreich kriegsgefangenen Leutnant der Reserve Erler ergangen ist, mit Vergeltungsmaßregeln beantwortet.

Leutnant Erler zündete beim Vormarsch auf Paris auf Befehl seines Vorgesetzten ein Haus an, aus dem Zivilisten (Freischärler) auf deutsche Soldaten geschossen hatten. Für diese völlig gerechtfertigte Maßregel trug nach militärischen Gesetzen nicht er die Verantwortung, sondern ausschließlich der Vorgesetzte, der den Befehl erteilt hatte.

In seinem Tagebuche erwähnte Leutnant Erler die Anzündung des Hauses. Er fiel kurz darauf schwer verwundet in französische Gefangenschaft. Der Vermerk im Tagebuch führte zu einem Gerichtsverfahren wegen Brandstiftung, das mit der Verurteilung Erlers zur Degradation und 20 Jahren Zuchthaus endete. Trotzdem die deutsche Regierung ein umfassendes Entlastungsmaterial für Erler, das seine Schuldlosigkeit außer Zweifel stellte, nach Frankreich sandte, lehnte die französische Regierung die Wiederaufnahme des Verfahrens ab, weil das Entlastungsmaterial keine neuen Tatsachen enthielte.

Leutnant Erler befindet sich im Militärzuchthaus zu Avignon und wird als gemeiner Sträfling behandelt. Er liegt in demselben Schlafsaal mit den anderen Zuchthäuslern und hat täglich zehn Stunden lang Matten und Körbe zu flechten. Geistige Beschäftigung ist ihm nicht gestattet.

Die deutsche Heeresverwaltung hat dafür zehn französische Offiziere in Militärstrafanstalten übergeführt, in denen sie unter gleicher Behandlung, wie sie dem Leutnant der Reserve Erler zuteil wird, verbleiben, bis dieser Offizier in ein Offiziergefangenenlager verbracht ist.

Da Deutschland etwa die dreifache Anzahl an kriegsgefangenen französischen Offizieren hat wie umgekehrt Frankreich, kann man hier etwaigen weiteren französischen Repressalien ruhigen Blutes entgegensehen.

Die Schlacht im Osten.

Wien, 14. Juni. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Während die früheren russischen Generalstabsberichte erstaunlich bescheiden gehalten sind, veröffentlicht am 11. die russische Heeresleitung folgende Siegesfanfare:

Petersburg, 12. Juni. Amtlicher Bericht vom 11. Juni.

Westfront: Man meldet, daß die Offensive unserer Armeen in Wolhynien, Galizien und der Bukowina auch gestern andauerte und weiter von Erfolg begleitet ist. Die riesigen Gefangenen- und blutigen Verluste lassen die feindlichen Armeen zusammenschmelzen. Durch die großen Erfolge unserer Truppen haben wir viele Tausende von Gefangenen gemacht und Kriegsgerät jeder Art in derartigen Mengen erbeutet, daß vorläufig eine Zählung vollkommen unmöglich ist. So erbeuteten wir z. B. in einem einzigen feindlichen Stellungsabschnitt 21 Scheinwerfer, 29 Feldküchen, 47 Maschinengewehrwagen, 12 000 Pud (191 200 kg) Stacheldraht, 1000 betonierte Hindernispfähle, 7 Millionen Betonwürfel, 10 000 Pud (166 000 kg) Kohle, riesige Munitionsvorräte, eine große Zahl Waffen und anderes Material. In einem anderen Abschnitt erbeuteten wir 8000 Gewehrpatronen, 800 Kisten Maschinengewehrmunition, 200 Kisten Handgranaten, 1000 noch brauchbare Gewehre, 4 Maschinengewehre, 2 Scherenfernrohre, einen Nortonbrunnen und im ganzen neun sogenannte tragbare Brunnen zur Beschaffung von Trinkwasser. Die Beute an Kriegsgerät, das der Feind zu den verschiedensten Arbeiten vorbereitet hat, ist riesengroß, und legt Zeugnis von der Größe des Erfolges ab, den wir über den Feind errungen haben.

Im Laufe der gestrigen Kämpfe machten wir wiederum einen General, 409 Offiziere und 35 100 Soldaten zu Gefangenen. Wir erbeuteten 80 Geschütze, 13 Maschinengewehre, 5 Bombenwerfer. Die Gesamtsumme der im Laufe der Operationen bis jetzt eingebrachten Kriegsbeute ist also auf einen General, 1649 Offiziere, mehr als 106 000 Soldaten, 124 Geschütze, 180 Maschinengewehre und 58 Bombenwerfer gestiegen.

Von den bis jetzt bekannten Kämpfen und Gefechtshandlungen sind folgende hervorzuheben:

Der heldenhafte Kampf unserer jungen Regimenter bei Rozysze (20 Kilometer stryabwärts Luck). Dort versuchten deutsche Truppen den Oesterreichern zu Hilfe zu kommen, aber ein Angriff unserer Infanterie mit starker Artillerieunterstützung warf sie mit Verlust von 2000 Gefangenen, 2 Geschützen und Maschinengewehren aus dem Städtchen. Unsere Truppen verfolgten dann den zurückgehenden Feind.

Unsere Truppen, die im Raume von Dubno vorgingen, schlugen den Feind und nahmen die Stadt Dubno und das Fort. Die Truppen überschritten dann die Ikwa und trugen ihren Angriff weiter vor. Teile dieser Truppen nahmen das Dorf Demidowka (30 Kilometer südlich Luck) an der Chaussee Mlynow—Beresteczko (45 Kilometer südlich Luck) und zwangen die feindliche Besatzung des Stützpunktes Mlynow zur Uebergabe.

Bei der Vertreibung des Feindes aus der Hauptstellung nördlich Buczacz machten wir zahlreiche Gefangene, darunter einen österreichischen Bataillonsstab und eine große Menge Waffen. Wir warfen den Feind in den Strypafluß.

Bei Olowce (10 Kilometer nördlich Buczacz) eroberte ein Regiment von uns eine ganze Batterie, bestehend aus vier 10-Zentimeter-Kanonen.

Trotz des erbitterten Widerstandes des Feindes, trotz heftigen Flankenfeuers, trotz des Aufziehens der Stauwerke und Minenexplosionen nahmen die tapferen Truppen des Generals Leschitzki die feindlichen Stellungen südlich Dobronowce, 20 Werst nordöstlich Czernowitz. In diesem Raume wurden allein 18 000 Soldaten, ein General, 347 Offiziere gefangen und 10 Geschütze erbeutet. Beim Eintreffen des Berichts wuchs die Gefangenenzahl in den verschiedenen Abschnitten noch immer.

Südöstlich von Zaleszczyki (östlich von Kolomea) warfen wir durch einen energischen Stoß den Feind über den Haufen, der sich daraufhin zurückzog.

Der Gegner sprengte den Bahnhof Jurkowce (10 Kilometer südlich Okna). Turkmenische Reiter griffen den im Rückzug begriffenen Feind an und zwangen ihn zur Flucht. In der Absicht, die Lage wieder herzustellen, machte der Feind stellenweise wütende Gegenangriffe. Unter anderem griffen am 10. in der Gegend von Semki (40 Kilometer nordöstlich Luck) östlich Kolki bedeutend überlegene feindliche Kräfte an. Unsere Truppen, die dagegen vorgingen, warfen sie durch ihr konzentrisches Feuer auf das rechte Styrufer zurück. An demselben Tage behinderten wir jede weitere Entwickelung dieses Gegenangriffs. Der Feind leistete erbitterten Widerstand, besonders in der Gegend von Targowica am Styr (21 Kilometer südlich Luck), wo heftig Mann gegen Mann gekämpft wird. Der Gesamterfolg der heftigen Schläge, die unsere Truppen in der Zeit vom 4. bis 10. Juni dem Feinde dauernd zugefügt haben, gibt folgendes Bild:

Unsere Armeen haben die festen Stellungen der ganzen feindlichen Front durchbrochen, und zwar von dem ausgedehnten Waldgebiet Südwestrußlands bis zur rumänischen Grenze.

Kaukasus: Die Türken griffen wiederholt unsere Stellungen im Raume von Platana an. Sie wurden jedoch mit großen Verlusten zurückgewiesen und mußten Hunderte von Leichen vor unseren Gräben liegen lassen.

In Richtung Gümüskhaneh besetzten unsere Truppen die vorderste Linie der feindlichen Gräben. In Richtung Diarbekr, machten unsere Truppen Fortschritte, indem sie Gefangene und Munitionskisten einbrachten.

Petersburg, 13. Juni. Amtlicher Bericht vom 12. Juni.

Westfront: Infolge der heftigen Gewitter im Süden Rußlands war heute nacht eine zeitweilige Störung der drahtlichen Verbindungen eingetreten, so daß das Eintreffen der Frontberichte verzögert wurde und die Nachrichten über die Tätigkeit der Armeen infolgedessen etwas unvollständig sind. Inzwischen bestätigen die eingegangenen Frontberichte, daß die Offensive der Truppen des Generals Brussilow auch gestern noch andauerte. In manchen Abschnitten wird der geschlagene Feind weiter verfolgt. Stellenweise wird noch erbittert gekämpft, da der Feind verzweifelte Gegenangriffe macht. Die Gesamtzahl der eingebrachten Gefangenen ist auf 1700 Offiziere und 118 000 Soldaten gestiegen.

Folgende genaue Berichte über Kampfhandlungen liegen vor:

Eine unserer neuaufgestellten Formationen meldet, daß sie gestern in den Kämpfen um Rozysze an Deutschen 18 Offiziere, 1185 Soldaten, an Oesterreichern 26 Offiziere, 742 Soldaten, im ganzen also gegen 2000 Mann gefangen habe, die bereits gestern gemeldet sind.

Südlich Luck, an der Ikwa-Front, geht der Feind fluchtartig zurück; unsere Truppen bleiben hart auf.

Galizien: Im Raume der Dörfer Hladki-Worobijowka (8 Kilometer südöstlich Hladki) nördlich Tarnopol griff der Feind ungefähr sechsmal unsere Truppen heftig an. Gegen Morgen des 11. Juni wurde er zurückgeworfen. Bei dieser Gefechtshandlung muß die tapfere Haltung unserer Artillerie hervorgehoben werden, die ohne Rücksicht auf das überaus heftige feindliche Feuer alle feindlichen Angriffe mit ihrem Feuer zudeckte. Bei Bobulince (11 Kilometer nördlich Buczacz) leisten die Oesterreicher durch antransportierte deutsche Truppen unterstützt erbitterten Widerstand. Die feindlichen Gegenangriffe, denen unsere Truppen ihre Angriffe entgegensetzten, zwangen uns jedoch an dieser Stelle etwas zurückzugehen. Es wird dort weiter mit zunehmender Heftigkeit gekämpft.

Im Abschnitt südlich des Dnjesters erreichten unsere Truppen bereits den Brückenkopf von Zaleszczyki. Sie kämpften um die Vorstädte der Stadt Czernowitz, wo starke Explosionen beobachtet wurden; der Feind sprengte die Brücke bei dem Dorfe Mahalu, östlich von Czernowitz. Die Gesamtzahl der durch die Truppen des Generals Leschitzki gemachten Gefangenen übersteigt 21 000, sämtlich zu ungarischen Kavallerie- und Infanterietruppenteilen gehörig.

Rechter Flügel: Im Frontteil des Waffenplatzes Riga griffen die Deutschen nördlich der Tirul-Sümpfe an. Sie wurden zurückgetrieben, worauf unsere Truppen von neuem Fortschritte machten.

Auf der ganzen Front unserer Stellungen bei Jakobstadt eröffneten die Deutschen am Morgen des 11. Juni plötzlich ein heftiges Artillerie- und Infanteriefeuer; kurze Zeit darauf gingen sie stellenweise mit Schützen vor. Unser Feuer zwang sie überall in ihre Ausgangsgräben zurückzugehen.

In der Nacht zum 11. Juni griffen bedeutende deutsche Kräfte nach Artillerievorbereitung südlich des Dryswjaty-See an. Sie wurden aber auch hier durch unser konzentrisches Feuer gezwungen, sich unter Verlusten zurückzuziehen.

Im Abschnitt südlich von Krewo griff der Feind nach heftiger Artillerievorbereitung südlich des Dorfes Katschany an. Dem Feinde gelang es, in den Wald westlich Katschany einzudringen. Unser Artilleriefeuer und Handgranatenangriffe zwangen ihn, den größten Teil des Waldes, den er besetzt hatte, wieder aufzugeben. An den Ufern der Jasiolda brachten wir einen feindlichen Angriff durch unser Feuer zum Stehen.

Kaukasus. Die Lage ist unverändert.

Diesen Angaben, die durch eine aufs einzelne gerichtete Schreibweise den Eindruck besonderer Wahrhaftigkeit erwecken sollen, ist vor allem entgegenzustellen daß die Russen naturgemäß über Gefangene und Beute Zahlen von beliebiger Höhe veröffentlichen können, da Beweis und Gegenbeweis unter den augenblicklichen Verhältnissen schlechterdings nicht zu erbringen sind, und daß auch der Zweck ihrer ins Maßlose gehenden Uebertreibungen durchsichtig genug ist. Gewiß kann es bei rückgängigen Bewegungen nicht vermieden werden, daß viele verwundete und auch unverwundete Kämpfer in die Hände des Feindes fallen. Ist es doch mitunter gerade das Schicksal besonders tapferer, zäh ausharrender Abteilungen, daß ein verhältnismäßig großer Teil der Verluste auf Gefangene entfällt. Aber es braucht nicht erst betont zu werden, daß unsere Gesamtverluste — die blutigen und die an Gefangenen — auch nicht entfernt an jene Zahlen heranreichen, die die Russen allein als Summe der Gefangenen anführen; und ebenso sicher ist es, daß die blutigen Verluste des Feindes, der sein Menschenmaterial diesmal noch rücksichtsloser opfert als je früher und bei dem 40 Glieder tiefe Angriffe nicht zu den Seltenheiten gehören, unsere Gesamtverluste um das Doppelte und Dreifache überragen. Daß einer unserer Generale gefangen genommen worden sei, ist uns ganz neu.

Was die russischen Angaben über die Beute anbelangt, so ist es klar, daß bei der Räumung unserer Stellung nicht alles Material geborgen werden konnte und namentlich ohne Bespannung eingeführte und eingebaute Geschütze älterer Konstruktion preisgegeben werden mußten. — Doch sind auch in dieser Hinsicht die Angaben des Feindes über alles Maß hoch gegriffen. — Wenn schließlich der Feind behauptet, daß er unsere ganze Nordostfront vom Prypec bis zum Pruth durchbrochen habe, so zeigen unsere amtlichen Berichte vom 12. und 13. durch präzise Ortsangaben, wieviel von dieser Phrase zu halten ist. Es sei dabei gar nicht näher ausgeführt, daß wir Dubno ohne einen Gewehrschuß freigegeben und daß wir bei Kolki und Sokol dem Gegner schwere Schlappen zugefügt haben.

Allein die Nennung der Namen Buczacz, Wiesniowczyk, Kozkow, Worobijowka, Nowo-Aleksinec, Sapanow, die Erwähnung von Sokal, Kolki, Czartorysk — von lauter Orten, die in den letzten neun Monaten relativer Ruhe immer wieder als Punkte unserer Frontlinie angeführt wurden, — beweist deutlich genug, daß die durch das Zusammenziehen überlegener Massen an einzelnen Stellen erkämpften russischen Erfolge auf weite Teile unserer Nordostfront ohne Einfluß und Nachteil geblieben sind. W. T. B.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 14. Juni 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf den Höhen südöstlich von Zillebeke ist ein Teil der neuen Stellungen im Verlauf des gestrigen Gefechtes verloren gegangen.

Rechts der Maas wurden in den Kämpfen am 12. und 13. Juni die westlich und südlich der Thiaumont-Ferme gelegenen feindlichen Stellungen erobert. Es sind dabei 793 Franzosen, darunter 27 Offiziere, gefangen genommen und 15 Maschinengewehre erbeutet.

Deutsche Patrouillenunternehmungen bei Maricourt (nördlich der Somme) und in den Argonnen hatten Erfolg.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Südlich des Narocz-Sees zerstörten Erkundungsabteilungen vorgeschobene feindliche Festungsanlagen und brachten 60 gefangene Russen zurück.

Auf der Front nördlich von Baranowitschi ist der Feind zum Angriff übergegangen. Nach heftiger Artillerievorbereitung stürmten dichte Massen siebenmal gegen unsere Linien vor. Die Russen wurden restlos zurückgetrieben, sie hatten sehr schwere Verluste.

Deutsche Flieger führten in den letzten Tagen weitreichende Unternehmungen gegen die Bahnen hinter der russischen Front aus. Mehrfach sind Truppenzüge zum Stehen gebracht und Bahnanlagen zerstört worden.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

• • •

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 14. Juni. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Südlich von Bojan und nördlich von Czernowitz wurden russische Angriffe abgeschlagen.

Sonst südlich des Pripiatj bei unveränderter Lage keine besonderen Ereignisse.

Nördlich von Baranowiczi standen gestern vormittag deutsche und österreichisch-ungarische Truppen unter schwerstem russischen Geschützfeuer. Abends griff der Feind die Stellungen an, wurde aber überall restlos geworfen. Zuletzt feuerte die gegnerische Artillerie in die zurückflutenden russischen Massen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Unsere Flugzeuge griffen neuerdings den Bahnhof und militärische Anlagen in San Giorgio di Nogaro sowie den Innenhafen von Grado an.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert ruhig.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 13. Juni. (W. T. B.) Amtlicher Bericht.

Westfront: Da die österreichisch-ungarischen und österreichisch-deutschen Truppen sich an vielen Stellen dem Angriff unserer Südarmeen entzogen haben, konnte die Gefangenenzahl gestern für den Augenblick nur wenig steigen. Die Gesamtsumme beträgt etwa 1700 Offiziere und 114 000 Mannschaften. Die Truppen des Generals Letschitzki brachten, wie festgestellt ist, seit Anfang der Kämpfe einen General, drei Regimentskommandeure, 754 Offiziere und 37 832 Soldaten als Gefangene ein, sie erbeuteten 120 Maschinengewehre 49 Geschütze, 21 Bomben- und 11 Minenwerfer.

Nordwestlich Rozyszce warfen unsere Truppen die Deutschen zurück und gingen näher an den Stochod-Fluß heran. — Westlich Luck besetzten unsere Truppen Toroczin (24 Kilometer) und warfen den Feind weiter zurück. — An der Strypafront nördlich Bobulince wird weiter heftig gekämpft, das Dorf Zarwanica (6,5 Kilometer nördlich Bobulince) wurde trotz erbitterter Verteidigung von uns genommen. In mehreren Abschnitten fanden wir Anlagen vor, die der Feind in Eile ausgeworfen hatte, um die bereits vorbereiteten Stellungen auszubauen.

Im Abschnitt des Dnjestrs und weiter südlich haben unsere Truppen nach Ueberschreitung des Flusses auf dem anderen Ufer eine Menge befestigte Punkte genommen, so den Flecken Zaleszczyki. Der Vormarsch wird weiter fortgesetzt. Das Dorf Horodenka nordwestlich von Zaleszczyki ist in unserer Hand.

Im Abschnitt des Pruth nähern sich unsere Truppen zwischen Bojan (14 Kilometer östlich Czernowitz) und Nepolokoutz (10 Kilometer südöstlich Sniatyn) dem linken Flußufer. Um den Brückenkopf Czernowitz wird heftig gekämpft. — In den geräumten Ortschaften ließ der Feind riesige Mengen von Kriegsgerät zurück. So ließ er an der Eisenbahn Dubno—Brody ein ganzes Fernsprechnetz zurück, ebenso große Mengen Patronen, Minenwerfer, Kraftwagen, Schmalspurgleise, dazu sehr viele Wagen und ein Vorratslager. In derselben Gegend, bei dem Dorfe Malu-Milczy (14 Kilometer südwestlich Dubno) ließ der Feind ein weithin sichtbares Denkmal in Form einer hohen Säule mit dem österreichischen Adler darauf zur Erinnerung an die österreichischen Siege, unversehrt zurück. — In dem Dorfe Sadagora (5 Kilometer nördlich Czernowitz) erbeuteten wir ein großes Depot mit Pionier- und Schwebebahnmaterial.

Nordwestfront: An der Dünafront und südlich Dünaburg beschossen die Deutschen mehrere Punkte unserer Stellungen.

Kaukasusfront: Unsere Truppen gingen unbemerkt an die türkischen Stellungen an der Straße nach Diarbekr heran, griffen den ruhenden Feind an und eroberten sein Lager. Der Feind ging unter schweren Verlusten fluchtartig zurück. Im Raume von Rewanduz wurde ein türkischer Angriff abgewiesen.

Tisza über die russische Offensive.

Budapest, 14. Juni. (W. T. B.) Im Abgeordnetenhause brachte Finanzminister Telesky eine Kriegsgewinnsteuer, ferner eine Vorlage über eine ergänzende Vermögenssteuer ein, die bei einem Vermögen von über 50 000 Kronen be-

ginnen soll. Sodann ergriff Ministerpräsident Graf Tisza das Wort. Er erinnerte an die Offensive gegen Italien, über die er sich, da sie noch fortdauere, nicht in Einzelheiten ergehen wolle; jedoch könne er schon jetzt erklären, daß die Armee unverwelklichen Lorbeer errungen habe. Er gedachte weiter in Ausdrücken größter Bewunderung des Seesieges der deutschen Verbündeten gegen die englische Flotte. Die gewaltige russische Offensive habe Rußland an zwei Punkten erhebliche Erfolge gebracht. Er würde es für eine Beleidigung der ungarischen Nation betrachten, wollte er die mißlichen Ereignisse verheimlichen, jedoch könne er hinzufügen, daß die österreichisch-ungarischen Truppen mit unvergleichlichem Heldenmut, Ausdauer und Siegeszuversicht den Kampf fortsetzen. Der größte Teil der Front sei unverändert fest in der Hand der österreichisch-ungarischen Truppen. Alle notwendigen Maßnahmen zur Abwehr seien getroffen, so daß er der begründeten Hoffnung Ausdruck geben könne, daß die jetzigen unangenehmen Vorfälle bloß vorübergehende Episoden bilden und Oesterreich-Ungarn volles Vertrauen in den endgültigen Sieg hegen könne. (Lebhafter Beifall.)

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 13. Juni. (W. T. B.) Amtlicher Kriegsbericht. Zwischen Etsch und Brenta heftige Artilleriekämpfe und Fortschritte in unserem Vorrücken, die uns vom Gegner mit Hartnäckigkeit streitig gemacht werden. Im Lagarinatal eroberten wir durch einen glänzenden, wirksam durch Artillerie vorbereiteten Angriff die starke befestigte Linie, die von der Höhe des Permesan östlich vom Mezzanarücken längs des Baches Romini läuft. Der Feind machte unverzüglich erbitterte Gegenangriffe gegen unsere neuen Stellungen, die jedoch alle abgeschlagen wurden. An der Front Posina—Astach kräftige gegenseitige Beschießung. Die feindliche Infanterie, die in Molisini eingedrungen war, wurde daraus vertrieben und durch unsere wohlgezielten Schüsse verfolgt. Auf der Hochfläche von Asiago ist die Lage unverändert. Im Suganertal wurden in der Nacht vom 11. zum 12. und am folgenden Morgen feindliche Gruppen, die östlich vom Monte Maso vorzurücken versuchten, unter zahlreichen Verlusten zurückgeschlagen. In Carnien und am Isonzo die übliche Tätigkeit der Artillerie und kleiner Abteilungen. Ein feindlicher Angriffsversuch im Abschnitt von Monfalcone wurde rasch durch unser Feuer unterdrückt. Cadorna.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 14. Juni. (W. T. B.) Das Hauptquartier meldet: An der Irakfront wurde der Feind in der Gegend von Felahie bei einem Zusammenstoß mit einer auf dem rechten Ufer des Tigris vorgehenden englischen Eskadron besiegt und zum Rückzug gezwungen. Wir erbeuteten 26 Tiere. Die von unserem Artilleriefeuer zerstörten beiden Kanonenboote sind im Tigris vollkommen untergegangen. Wir haben das durch Beobachtungen unserer Flieger festgestellt. Im südlichen Iran greifen persische Freiwillige seit der letzten Niederlage der Russen bei jeder Gelegenheit russische Abteilungen an und fügen ihnen schwere Verluste zu. Letzthin wurde eine hundertzwanzig Mann zählende russische Kosakenabteilung, die in der Absicht das englische Lager von Ali Gharbi östlich Cheiksaid zu erreichen, vorging, von einem berittenen Stamm aus Luristan angegriffen. Sie verlor hundertdrei Mann, alle ihre Waffen, ihre Tiere und ihr Gepäck. In der Gegend des Euphrat wurde eine Abteilung von hundert Engländern von unseren Freiwilligen vernichtet. An der Kaukasusfront hat sich gestern nichts Wichtiges ereignet. Auf dem rechten Flügel und im Zentrum kam es an einigen Punkten zum Kampf zwischen den beiderseitigen Artillerien. Im Abschnitt des Tschorokh wurde ein in unsere vorgeschobenen Stellungen eingedrungenes feindliches Bataillon durch unseren Gegenangriff vertrieben. Wir erbeuteten zwei Maschinengewehre, Gewehre und Material. Auf dem linken Flügel wurde ein nächtlicher feindlicher Angriff auf eine unserer vorgeschobenen Stellungen abgeschlagen. Ein nördlich der Insel Keusten erschienener feindlicher Monitor wurde durch das Feuer unserer Artillerie vertrieben, die feindliche Depots auf dieser Insel und auf der Insel Hakim beschoß. Am 11. Juni riefen unsere Flugzeuge bei einem Angriff mit Bomben und Maschinengewehren auf englische Lager am Suezkanal bei Raman und Kantara große Unordnung hervor. Sie griffen ebenfalls ein englisches Wasserflugzeug an und zwangen es, auf das Mutterschiff zurückzukehren, von dem es abgeflogen war.

Bulgarischer Bericht.

Sofia, 13. Juni. (W. T. B.) Bericht des Generalstabes. Am 10. d. Mts. näherten sich sechs feindliche Schiffe der Mündung der Mesta. Gegen 12 Uhr 15 Minuten eröffneten die Schiffe das Feuer gegen die Küste von der Mündung des Flusses bis Kale Burun; es wurde besonders auf Dörfer und Gehöfte am Ufer sowie auf noch nicht abgeerntete Felder gerichtet. Um 1 Uhr nachmittags griffen vier unserer Flugzeuge die Schiffe mit Bomben an und zwangen sie, sich mit voller Geschwindigkeit in der Richtung auf Thasos zu entfernen. Unsere Lufteinheiten wurden heftig, aber wirkungslos von der feindlichen Artillerie und Maschinengewehren beschossen, kehrten jedoch wohlbehalten zurück. Die Beschießung der Küste verursachte keine Verluste. An der übrigen Front ist die Lage unverändert.

Demobilisierung der griechischen Flotte.

Genf, 14. Juni. (W. T. B.) Nach Blättermeldungen aus Athen hat der König einen zweiten Erlaß unterzeichnet, in dem die allgemeine Demobilisierung der Flotte angeordnet wird.

Angriff russischer Zerstörer gegen ein deutsches Hilfsschiff.

Berlin, 14. Juni. (W. T. B.) In der Nacht vom 13. zum 14. Juni wurde das deutsche Hilfsschiff „Hermann" in der Norrköpingbucht (südöstlich der Stockholmer Schären) von vier russischen Zerstörern angegriffen und nach tapferer Gegenwehr in Brand geschossen. Das Schiff wurde von der Besatzung gesprengt. Der Kommandant und ein großer Teil der Besatzung sind gerettet worden.

Drei englische Admirale pensioniert.

London, 13. Juni. (W. T. B.) Drei Admirale, Sir George Egerton, Sir Frederic Inglefield und Sir Artur Farquhar sind auf ihren Wunsch pensioniert worden. An ihrer Stelle sind vier Vizeadmirale Sir Frederic Hamilton, Sir Cecil Burney, Frederic Pelhan und Sir Alexander Bethell zu Admiralen befördert worden.

Heimberufung englischer Schiffs- und Marinemannschaften.

Amsterdam, 13. Juni. (W. T. B.) Nach einer großen Anzahl von einlaufenden Meldungen hat die englische Admiralität die im Atlantischen Ozean befindlichen englischen Kriegsschiffe unverzüglich nach England zurückgerufen. Außerdem haben die in indischen Gewässern und im Mittelmeer befindlichen Kriegsschiffe Anweisung erhalten, die Hälfte ihrer Besatzungen sofort nach England zurückzuschicken. Diese Maßnahmen werden hier in Zusammenhang gebracht mit den in der Seeschlacht vor dem Skagerrak erlittenen großen Material- und Mannschaftsverlusten der englischen Flotte.

Eine Erklärung des Barons von Burian.

Budapest, 14. Juni. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. Ministerpräsident Graf Tisza ersuchte in seiner Rede das Haus weiter, es möge ihm gestatten, daß er einem Wunsche des Ministers des Aeußern entspreche. „Nachdem in letzter Zeit," so führte er aus, „im Laufe der Erklärungen über die internationale Lage, die von den deutschen und englischen Staatsmännern abgegeben worden sind, der Minister des Aeußern Baron v. Burian direkt apostrophiert worden und da dieser derzeit nicht in der Lage ist, den Delegationen Erklärungen abzugeben, so bat er mich, seine Aeußerungen dem Hause mitzuteilen. (Hört! hört!) Ich erfülle dieses Ansuchen bereitwilligst, und ich werde mit Erlaubnis des hohen Hauses die Erklärungen des Ministers des Aeußern vorlesen."

Der Ministerpräsident verlas sodann die Erklärung, in der Baron von Burian zunächst sagt: „Das Ziel unserer Kämpfe ist, daß wir bald einen siegreichen Frieden erringen. Die Monarchie ist in diesen Weltkrieg hineingerissen worden durch die Gefährdung der Grundlage ihres Bestandes." Im weiteren Verlaufe seiner Erklärung weist Baron v. Burian darauf hin, daß die serbische Politik in den letzten Jahren nicht der eigene Entschluß des kleinen Königreiches gewesen sei. Serbien sei das Werkzeug der russischen Politik gewesen und habe sich gegen jede Gefahr gesichert geglaubt. Die in Serbien betriebene russische Politik sei tatsächlich offensiv gewesen, denn sie hätte zu nichts anderem führen können, als zu unserer Demütigung oder unserem bewaffneten Widerstand. (Allgemeine Zustimmung.) Weiter wird dann darauf Bezug genommen, daß der Leiter der äußeren Politik Englands in seinen Erklärungen gegenüber dem deutschen Reichskanzler die Behauptung wiederholte, die Annahme der Konferenz nach dem Ultimatum hätte den Krieg verhindert. In der Begründung dieser Behauptung verweise Grey heute auf das seiner Ansicht nach erfreuliche Ergebnis der Botschafter-Konferenz. Nachdem weiter Sir Edward Grey leugnete, daß England in der Zeit vor dem Balkankriege und hauptsächlich in der Zeit der Annexion Bosniens gegenüber den Mittelmächten eine unfreundliche Haltung beobachtet habe, so werde es nicht überflüssig sein, bezüglich der seit Reval getriebenen englischen Politik unsere eigenen Wahrnehmungen darzulegen, welche das bestätigen, was der Reichskanzler über seine Haltung gesagt und durch Schriftstücke beleuchtet hat.

Die Erklärung des Barons Burian schildert weiter die Lage in der Zeit der Affäre von Casablanca, aus welcher Zeit der österreichisch-ungarische Botschafter aus Paris folgendes berichtete: „England gibt hier sehr böse Ratschläge und will Frankreich zum Kriege treiben. Von den Ministern Clemenceau und Pichon wurde gesagt, daß jetzt die Zeit der Revanche gekommen sei und daß sie so günstig niemals wiederkehren werde. Oesterreich-Ungarn ist mit dem Balkan beschäftigt und kann seinem deutschen Bundesgenossen nur sehr geringe Hilfe leisten. Deutschland steht also jetzt vereinsamt Rußland, Frankreich und England gegenüber. Man wird Italien dahin bringen, daß es sich seinen Pflichten als Bundesgenosse entziehe. Infolge der Mäßigung und Einsicht der beiden unmittelbar interessierten Großmächte, welche die österreichisch-ungarische Diplomatie durch freundschaftliche Intervention eifrig unterstützte, gelang es damals, die sich auftürmenden Wolken zu zerstreuen. Der englische Staatssekretär des Aeußeren widerspricht der Behauptung des Reichskanzlers, daß England in der Krise, in welche die russische Politik nach der Annexion geraten war, sich nicht auf der Seite der nach einem Ausgleich strebenden Faktoren gestellt hat, sondern daß es bemüht gewesen ist, den Gegensatz zwischen Rußland und uns beziehungsweise Deutschland zu verschärfen.

Am Schlusse der Erklärung Burians heißt es in den Ausführungen des Grafen Tisza: Indessen heute besitzen nicht mehr die Ursachen des Weltkrieges praktische Bedeutung, sondern die Frage, und darin stimme ich mit dem englischen Minister des Aeußeren völlig überein, wer für die weitere Fortsetzung des Krieges verantwortlich ist. Grey sagt, der Krieg nähme kein Ende, weil die Mittelmächte sich als Sieger und den Vierverband als Besiegten betrachten, die Entente jedoch nicht geschlagen sei und auch künftig nicht geschlagen sein werde. Nun können wir ja unseren Gegnern nicht befehlen, die Niederlage einzugestehen oder die Hoffnung auf eine günstigere Wendung ihrer Lage aufzugeben. Allein klaren Tatsachen gegenüber lassen sich die Dinge denn doch nicht auf den Kopf stellen, und wenn Grey findet, die Entente sei nicht besiegt, so können die Mittelmächte in aller Bescheidenheit darauf hinweisen, daß sie es noch viel weniger sind. Ein Blick auf die Kriegslage entscheidet die Frage, welche Partei mit ihrem Standpunkte sich im Gegensatz zur tatsächlichen Lage befindet. Die Wirklichkeit ist, daß als Ergebnis und Lohn unserer gerechten Sache und der übermenschlichen Leistungen unserer heldenmütigen Truppen die Wage des Weltkrieges auf allen Kriegsschauplätzen sich zugunsten unseres Vierbundes geneigt hat und daß wir diesen Erfolg uns nicht mehr entwinden lassen. Durch den Zwang der Notwehr sind Wir in den Kampf gedrängt worden, das verlieren wir auch nach unseren glänzenden Siegen nicht aus dem Auge. Unser Kriegsziel ist, unsere Sicherheit gegen die Wiederkehr solcher böswilligen Angriffe kräftig und dauernd zu gestalten. Wir erheben keine übertriebenen Forderungen. Aber diese Sicherheit werden wir im Feuer des Kampfes und in heiliger Begeisterung fest schmieden. Die Vorsehung allein weiß es, wie vieler Hammerschläge es noch bedürfen wird, ehe wir uns von dieser neuen Heimatgründung ausruhen können. Allein im Vereine mit seinen treuen Bundesgenossen wird Oesterreich-Ungarn auf dem mühevollen Wege unserer heldenmütigen Kraftentfaltung nicht vor dem Endsiege innehalten. Bekanntlich erwarten unsere Feinde eine Wende des Kriegsglückes von jener großen vereinten Kraftanstrengung, zu der sie sich schon seit langem vorbereiten, und von unserer Erschöpfung in jeglicher Richtung. Wir haben alles getan und werden ohne Wanken alles tun, was zur Vereitelung ihrer Absichten erforderlich ist, und auf Gottes Hilfe vertrauend hoffen wir, daß auch diesen beiden Erwartungen unserer Feinde eine gründliche Enttäuschung beschieden sein wird. Durch die Fortsetzung des Kampfes können sie nur noch mehr Leid verursachen, aber die ehernen Schritte des Verhängnisses werden sie nicht aufzuhalten vermögen. Die Friedfertigkeit der Monarchie ist jedem Zweifel entrückt. Aber die Worte Greys vom 10. Mai auf uns anwendend, könnn auch wir sagen: Oesterreich-Ungarn und seine Waffengefährten können keinen Frieden dulden, der das Verbrechen dieses Krieges nicht gutmachen würde.

Die Unionisten zur Homerule.

London, 13. Juni. (W. T. B.) Die Unionisten von Ulster haben, wie gemeldet, Sir Edward Carson bevollmächtigt, die Verhandlungen mit den Homerulern fortzusetzen. Die Resolution betont erstens, daß die Unionisten jede Verantwortung für die Einsetzung einer Homeruleregierung ablehnen. Sie erklären sich jedoch zu Opfern bereit, da das Kabinett die Maßregel für notwendig halte, um das britische Reich zu stärken und den Krieg zu gewinnen. Die Unionisten von Ulster behalten sich jedoch vor, allen Einfluß und alle Kraft der sechs von Homerule ausgeschlossenen Grafschaften zu benutzen, um die Unionisten in den drei abgetretenen Grafschaften Cavan, Monaghan und Donegal vor Ungerechtigkeiten und Bedrückungen seitens des irischen Parlaments und der irischen Regierung zu schützen. Die Resolution schließt mit der Erklärung, daß, wenn die Verhandlungen zu nichts führen sollten, die Unionisten von Ulster sich volle Freiheit des Handelns bewahren, um künftig die Homerulepolitik zu bekämpfen.

Die irische Bewegung in Amerika.

New York, 14. Juni. (Funkspruch des Vertreters von W. T. B.) 800 Massenversammlungen zum Andenken an die irischen Märtyrer wurden am Sonnabend in allen Teilen des Landes abgehalten. Die hiesige irische katholische Geistlichkeit hatte den Sonnabend als „irischen Märtyrertag" bezeichnet. Etwa 12 000 Iren und Angehörige anderer Nationalitäten nahmen an der Massenversammlung im Madison Square Garden teil, während Tausende sich draußen drängten. Der Richter Hendricks vom Obersten Gericht führte den Vorsitz. Die Sprecher griffen England in stärksten Ausdrücken an und kennzeichneten die Hinrichtungen in Irland als eine in der Geschichte der Zivilisation einzig dastehende Barbarei. Das Kongreßmitglied Fitzgerald warf England seine schlechte Regierung in Irland vor und sagte: Im Namen der Menschlichkeit verlangen wir eine sofortige Aenderung. — Etwa 100 000 Dollars wurden für den irischen Unterstützungsfonds gezeichnet.

Beendigung des norwegischen Proteststreiks.

Kristiania, 14. Juni. (W. T. B.) Der sozialdemokratische Kongreß hat auf seiner gestrigen Versammlung, die von 2 Uhr nachmittags bis 2½ Uhr nachts dauerte, folgendes beschlossen: Voraussetzung für den Beschluß, den der außerordentliche Kongreß der Landesfachorganisation der Arbeiter im Jahre 1914 annahm, durch eine allgemeine Arbeitseinstellung den Widerstand der Arbeiterpartei gegen ein Gesetz betreffend Zwangsschiedsgerichte zum Ausdruck zu bringen, war, daß ein Proteststreik zwischen der Lesung des Gesetzes im Odelsthing und im Lagthing stattfinden sollte. Da das Gesetz trotz des Protestes der Arbeiter angenommen worden ist, beschließt der Kongreß der Landesorganisationen übereinstimmend mit dem Vorschlag des Sekretariats den Proteststreik am Mittwochabend, den 14. Juni, zu beendigen.

Kristiania, 14. Juni. (W. T. B.) Der Kongreß der Landesorganisation der Arbeiter hat beschlossen, der Regierung mitzuteilen, daß die Organisation nicht beabsichtigt, ein Schiedsgerichtsmitglied zu ernennen.

Letzte Nachrichten.

Lebensmittelkrawalle in Holland.

Amsterdam, 14. Juni. (T. U.) Der „Tyd" schreibt man aus dem Haag: Heute mittag um ½12 Uhr begab sich eine Gruppe holländischer Frauen nach dem Ministerium des Innern und übermittelte eine Adresse, in der die Regierung nachdrücklich ersucht wurde, sofort Schritte zu unternehmen, um der Not der Arbeiterbevölkerung infolge der unerhörten Lebensmittelpreise ein Ende zu machen. — Eine Deputation, bestehend aus den Mitgliedern des sozialdemokratischen Frauenklubs, bot dem Minister eine Adresse an. Der Minister verwies sie jedoch an das Ministerium und begab sich sofort nach dem Gebäude der Zweiten Kammer, wo die Deputation vorgelassen werden sollte. Die Deputation der Frauen und andere Demonstranten begaben sich hierauf nach der Zweiten Kammer, wo der Minister der Deputation mitteilen ließ, daß er sie gegen ½1 Uhr empfangen werde. Nunmehr begaben sich die Frauen nach der Bürgermeisterei, um dem Bürgermeister gleichfalls eine Eingabe zu übermitteln.

Amsterdam, 14. Juni. (T. U.) Der „Tyd" schreibt man aus Rotterdam: Gestern abend kam es hier zu großen Volksansammlungen und Krawallen. Die Menge griff die Läden an und zertrümmerte die Fensterscheiben. Die „Tyd" berichtet weiter: In Amsterdam haben die Abgeordneten der demonstrierenden Frauen, die sich nach der Bürgermeisterei begeben hatten, einen sehr hohen Ton gegen den Bürgermeister angeschlagen. Der Bürgermeister mußte gegenüber dem Drohen der Frauen mit Aufruhr daran erinnern, daß er für diesen Fall seine Polizei und schlimmstenfalls auch Soldaten zur Hand habe. Er wies darauf hin, daß die Frauen diese Straßendemonstrationen nicht wiederholen dürften.

Beschlagnahme dänischer Post.

Kopenhagen, 14. Juni. (W. T. B.) Die Generalpostdirektion teilt mit, daß vom dänischen Amerikadampfer „United States", der am 1. Juni von Kopenhagen nach New York abging, in Kirkwall die gesamte Briefpost, vom Amerikadampfer „Frederik 8" auf der Reise von New York nach Kopenhagen in Kirkwall die gesamte Brief- und Paketpost beschlagnahmt worden ist.

Gewerkschaftliches.

16. Verbandstag der Schuhmacher.

Stuttgart, 14. Juni.

Zu den wenigen Gewerkschaften, die während des Krieges ihre ordentliche Generalversammlung abhalten, zählt auch der Zentralverband der Schuhmacher, der in der dritten Juniwoche zu seinem 16. ordentlichen Verbandstag in Stuttgart zusammentritt. Die Beratungsgegenstände, die dem Verbandstag gestellt sind, ergeben sich aus unserer gegenwärtigen Zeit. So weist die Tagesordnung neben den üblichen Berichten Vorträge auf über den „Krieg und die Gewerkschaften", „Die Beschäftigung der Kriegsinvaliden" und über „Die Frauenarbeit in unserem Berufe", der gerade durch die starke Zunahme der weiblichen Arbeit die allergrößte Aufmerksamkeit verdient.

Die Augusttage 1914 versetzten wie allen Organisationen so auch den Schuhmachern einen harten Schlag. Durch die plötzliche Stockung in der Industrie, die Einberufung zum Heere verlor der Verband die Hälfte seiner Mitglieder. 15 000 wurden unter die Waffen gerufen, außerdem sind weitere 9000 als Abgang zu buchen. Ein Teil mag, weil zuerst arbeitslos, in der Rüstungsindustrie lohnende Beschäftigung gefunden haben. Die übergroße Mehrzahl darf man aber mit Fug und Recht als Fahnenflüchtige bezeichnen. Dies ist tief bedauerlich und vor allem schmerzlich für die Kollegen, die hinausziehen mußten, aber in der Hoffnung, daß das Kleinod ihrer liebgewordenen Organisation in den schützenden Händen der Zurückgebliebenen ruhen würde. Zu erklären ist diese Fahnenflucht nur dadurch, daß — wie der Vorstandsbericht mit Recht hervorhebt — bei Ausbruch des Krieges ein großer Teil der Leute völlig den Kopf verloren hat. Die Berichtszeit (Ende 1915) schließt mit 19 403 Mitgliedern gegen 44 366 zu Anfang des Jahres 1914 ab.

Die Lohn- und Streikbewegungen wurden naturgemäß durch die Ereignisse stark beeinflußt. Die bei Ausbruch des Krieges schwebenden Lohndifferenzen wurden bekanntlich beigelegt. Der gewerkschaftliche Burgfrieden war aber nicht von langer Dauer, wie der Bericht in einer Zusammenstellung der Streiks und Lohnbewegungen in 1915 zeigt. Von 36 solcher Bewegungen endeten 27 mit vollem Erfolg. Durch die außerordentliche Teuerung sah sich der Verbandsvorstand veranlaßt, den Verband der Fabrikanten um eine Teuerungszulage anzugehen. Dieser sah zwar die Forderung als berechtigt an, empfahl aber seinen Mitgliedern, den Wünschen der Arbeiter nach „Möglichkeit" Rechnung zu tragen. Nicht unerwähnt sei, daß es in einzelnen Fällen sogar notwendig war, gegen Lohnverschlechterungen Front zu machen. Besonders durch die Zunahme der Frauenarbeit sind die Fabrikanten versucht, den Stücklohn herabzudrücken oder durch geringen Tage- oder Stundenlohn zu ersetzen. Hier gilt's die Augen offenzuhalten und die Gefahr abzuwenden, daß nach Beendigung des Krieges die heimkehrenden Berufsgenossen nicht mehr an ihre Plätze kommen oder genötigt werden, zu den herabgedrückten Frauenlöhnen zu arbeiten. Ebenso wichtig ist die Frage der Beschäftigung der Kriegsbeschädigten, denn auch hier muß Vorsorge getroffen werden für eine angemessene Verdienstmöglichkeit.

Die Delegierten, die in Stuttgart zu ernster Tagung zusammenkommen, werden auf Grund ihrer Erfahrungen im Berufe der Wirklichkeit klar ins Auge sehen, in der Erkenntnis, daß nach dem Kriege der Existenzkampf entschieden schärfere Formen annehmen wird, wie vor dem Kriege. Und daß dann mehr als zuvor eine geschlossene, einmütige Arbeiterbewegung nötig ist. In diesem Geiste mögen sie Beschlüsse fassen!

Berlin und Umgegend.

Der Verbandstag der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine.

Den ersten Gegenstand der gestrigen Tagesordnung bildete der Arbeiterschutz. Gleichauf-Berlin befürwortete eine Entschließung, in der es heißt:

„Der Verbandstag richtet an die Reichsregierung das Ersuchen, die soziale Gesetzgebung in Deutschland auf allen Gebieten energisch zu fördern, aber auch der Selbsthilfe der Arbeiter, die in ihren Berufsorganisationen ihre natürliche Vertretung besitzen, die notwendige Bewegungsfreiheit zu geben."

Der Antrag fand einstimmige Annahme.

In der Steuerfrage fordert der Verbandstag nach längerer Erörterung, daß die kommenden Lasten gerecht verteilt werden, nach dem Grundsatze: Schonung der Minderbemittelten und prozentual steigende Heranziehung der Bemittelten. Vor allem sei jede weitere Verteuerung der notwendigen Lebensmittel durch indirekte Besteuerung zu vermeiden.

Der Verbandstag ersucht dann weiter die Reichsregierung, gesetzliche Maßnahmen zu treffen, durch die der Arbeiterbevölkerung das Aufziehen ihrer Kinder erleichtert wird. Er sieht in der Reichswochenhilfe, wie sie jetzt während der Kriegszeit eingeführt ist, ein geeignetes Mittel dazu. Die Reichswochenhilfe weiter auszubauen und zu einer dauernden Einrichtung zu machen, sei notwendig und wird einer gesunden Volksvermehrung dienlich sein.

Eine sehr lange, lebhafte Erörterung veranlaßte die Wohnungsfrage.

Gleichauf (Berlin) befürwortete eine Resolution, durch welche der Verbandstag an die Reichsregierung und die einzelnen Bundesstaaten das dringende Ersuchen richtete, jetzt schon alles aufzubieten, um die drohende Wohnungsnot nach Möglichkeit abzuwenden. Als Mittel hierzu verweist er auf die auf dem Verbandstag in Köln 1901 angenommene Entschließung, die verlangte:

1. den Bau von Wohnungen für die in den Staatsbetrieben beschäftigten unteren Beamten und Arbeiter;
2. Unterstützung und Förderung der auf Selbsthilfe beruhenden Baugenossenschaften;
3. Errichtung von Wohnungsinspektionen.

Der Verbandstag richtet an die Gemeinden und Gemeindeverbände das Ersuchen, in der gleichen oben bezeichneten Richtung tätig zu sein. Bei allen diesen Maßnahmen seien jedoch Vorkehrungen zu treffen, daß die Freizügigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter nicht eingeschränkt werde.

Die Resolution von Gleichauf gelangte schließlich zur Annahme. Außerdem wurde auf Antrag von Robde (Stettin) beschlossen:

„Unter Bezugnahme auf die guten Erfahrungen, die man in der Kriegszeit mit den Mietseinigungsämtern gemacht hat, empfiehlt der Verbandstag die Wiedereinführung der Mietseinigungsämter bezw. Einrichtung solcher Aemter dort, wo sie noch nicht bestehen."

Endlich gelangte folgender Antrag von Czieslik (Duisburg) zur Annahme:

„Der Verbandstag verurteilt das vaterlandslose Verhalten solcher Hausbesitzer, welche die Vermietung von Wohnungen von der Kinderzahl abhängig machen. Dieses Verhalten ist um so sträflicher, als sich der Vorgang bereits Kriegerfamilien gegenüber gezeigt hat, deren Ernährer sich im Kampfe um die Verteidigung des Vaterlandes befinden."

Es folgte die Erörterung der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Nach längerer Debatte stellt der Verbandstag folgende Forderungen auf:

„1. Das Rentenverfahren muß beschleunigt vor sich gehen. Für eine bestimmte Zeit müssen die Renten ohne Nachprüfung in ihrer Höhe bestehen bleiben. Wenn eine Verstümmelungszulage Bestandteil der Rente ist, so ist die Rente lebenslänglich in der zuerst festgestellten Höhe zu gewähren. Nicht nur der militärische Dienstgrad, sondern auch das frühere Einkommen muß für die Höhe der Rente maßgebend sein.

2. Zur Erledigung von Differenzen beim Rentenverfahren wird eine Spruchbehörde gebildet, ähnlich dem Reichsversicherungsamt.

3. Die Berufsberatung muß eine fachmännische sein unter Hinzuziehung von Vertretern der selbständigen Arbeiter der Berufsorganisation.

4. Beim Rentenkapitalisierungsverfahren ist die größte Vorsicht geboten, damit für die Kriegsbeschädigten in der Zukunft keine dauernde Schädigung erwachsen kann.

5. Geeignete Auswahl der Kriegsverletzten zu landwirtschaftlicher Ansiedelung, Aufstellung von Bedingungen zur eventuellen Weiterveräußerung der Ansiedelungen im Fall der Nichteignung.

6. Bei Entlöhnung Kriegsentschädigter muß die Rente außer Betracht bleiben. Bei bestehenden Tarifverträgen sind die Kriegsverletzten mit einzubeziehen. Wo keine Tarife bestehen, sind in den Betrieben paritätische Kommissionen zur Schlichtung von Differenzen zu bilden.

7. Erlaß von Bestimmungen, daß bei Vergebung von öffentlichen Arbeiten solche Unternehmer bei gleicher Leistungsfähigkeit bevorzugt werden, die eine genügende Anzahl Kriegsverletzter unter den in Absatz 6 aufgestellten Bedingungen beschäftigen.

8. Kriegsinvaliden ist das Wahlrecht auch dann sicherzustellen, wenn sie aus öffentlichen Mitteln Unterstützung erhalten.

Der Verbandstag spricht die Erwartung aus, daß in der Kriegsverletztenfürsorge, soweit sie die Arbeiter betrifft, deren Organisationen die weitgehendste Mitwirkung eingeräumt wird. Andererseits muß aber auch von den Arbeitern in den Betrieben erwartet werden, daß sie sich der Pflichten gegenüber ihren kriegsbeschädigten Mitarbeitern bewußt sind, ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen und alles aufbieten, um ihnen das Fortkommen zu erleichtern."

Alsdann gelangte auf Antrag von Czieslik (Duisburg) eine Erklärung zur Annahme, in der es heißt:

„Die Deutschen Gewerkvereine begrüßen rückhaltlos das offene Bekenntnis des Herrn Reichskanzlers in der Reichstagssitzung vom 5. Juni 1916 zur Gleichberechtigung aller Volksgenossen und zu einer freiheitlichen Gestaltung der inneren Verhältnisse des Vaterlandes. Die Deutschen Gewerkvereine werden an ihrem Teile ihr äußerstes daran setzen, den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers gegen alle Widersacher zum Erfolge zu verhelfen, da nur durch die Verwirklichung dieser Erklärungen eine dauernde Sicherung der großen Erfolge des Krieges gewährleistet werden kann."

Heute Donnerstag verhandelt der Verbandstag auf Antrag Varnhold das Thema:

Welche Lehren sind für die Gewerkvereine aus den Vorgängen in der sozialdemokratischen Partei und den Freien Gewerkschaften zu ziehen?

Während dieser Verhandlung soll die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden!

Deutsches Reich.

Nachtbackverbot und Konsumvereine.

Nachdem das verschärfte Nachtbackverbot veröffentlicht worden ist, hat der Zentralverband deutscher Konsumvereine an den Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär Dr. Helfferich, eine Eingabe gerichtet. Nach langen Ausführungen, in denen gesagt ist, daß die soziale Wirkung des Nachtbackverbots auch erreicht werde, wenn es auf die Zeit von 12 Uhr mitternachts bis 7 Uhr morgens beschränkt wird, kommt die Eingabe zu der Forderung, „daß in allen Bäckereien, in denen in zwei Schichten gearbeitet wird, die Vorarbeiten, die zur Bereitung von Backwaren dienen, außerhalb der Zeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends stattfinden dürfen".

Der Vorstand des Bäckerverbandes wird, wie die „Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung" berichtet, zu dieser Eingabe schleunigst Stellung nehmen.

Aus der Partei.

Aus der Kieler Organisation.

Aus Kiel wird uns geschrieben:

Bei der Neuwahl der Vorstände in den einzelnen Bezirken wurden bis auf den Genossen Fröhlich die alten Vorstandsmitglieder, soweit sie sich zur Weiterführung der Aemter bereit erklärten, wieder gewählt. An Stelle Fröhlichs trat der Genosse Leopold.

In der ersten Versammlung dieses Bezirks, in der die Wahl zu erfolgen hatte, mußte mit der Begründung, es sei jetzt die Polizeistunde gekommen, die Versammlung mitten in der Abstimmung vertagt werden. Aber auch in der zweiten Versammlung entschied die Mehrheit gegen ihn. Fröhlich hat sich durch seine Geschäftsführung, aber besonders durch sein Verhalten bei den Ledebour-Legien-Versammlungen unmöglich gemacht.

Da der Vorsitzende von Groß-Kiel aus dem Kreise der Bezirksvorsitzenden gewählt wird, so machte sich auch für diesen Posten eine Personenveränderung notwendig. An Stelle Fröhlichs trat der Genosse Garbe.

Jugendbewegung.

Die Jugendbewegung in Hamburg

leidet, wie uns von dort geschrieben wird, noch immer unter den Wirren, die mit dem Beschluß vom 3. März, die Tätigkeit der Jugendorganisation wegen des Geldmangels „zeitweise einzustellen", ihren Höhepunkt erreichten. Die Jugend hat sich bekanntlich durch die Gründung einer Freien Jugendorganisation geholfen, deren Tätigkeit nur eine Fortsetzung der alten Organisation ist. Außer den Beiträgen der Jugendlichen gehen auch aus den Kreisen der erwachsenen Arbeiter laufend kleinere und größere Beträge ein. Die Ortsgruppe des Freidenkerbundes gab 300 M., eine der beiden Verwaltungsstellen des Transportarbeiterverbandes (Hausdiener, Kontorboten und Packer) ebenfalls 300 M. und neuerdings die Ortsgruppe des Vereins der Naturfreunde 100 M. Die Verwaltungsstelle des Transportarbeiterverbandes hatte einstimmig zwei Resolutionen angenommen, die sich gegen die Auflösung der Jugendorganisation und dagegen richteten, daß Parteivorstände und Kartellkommission mit 21 gegen 18 Stimmen beschlossen hatten, der „Sonderorganisation" das Gewerkschaftshaus nicht zur Verfügung zu stellen. Das „Hamburger Echo" hatte den Bericht aus der Transportarbeiterversammlung und den Abdruck der Resolutionen abgelehnt. Bald mehrten sich die Proteste aus der Partei und den Gewerkschaften. Die Mitgliederversammlungen der Holzarbeiter und der Handlungsgehilfen nahmen Entschließungen an, die sich gegen die Beschlüsse der kombinierten Vertreterversammlung aussprachen. Die Vertreterversammlung hatte auch beschlossen, daß die Zentralkommission für das Arbeiterbildungswesen, die sich aus je drei Vertretern der Partei, der Gewerkschaften und der Jugendorganisation zusammensetzte, aufzulösen sei und daß Parteivorstände und Kartellkommission „nach Möglichkeit und Bedarf Vorträge im Gewerkschaftshause" veranstalten sollten. Ein neu eingesetzter Bildungsausschuß, in dem die Jugend nicht vertreten ist, lud zum 30. April zu einer Veranstaltung nach dem Gewerkschaftshaus ein. Neben einem bekannten Rezitator war Genosse Heinrich Schulz-Berlin als Redner erschienen. Eine Liedertafel vervollständigte das Programm. Der Besuch durch Jugendliche war sehr schwach. Die Jugendorganisation hatte an ihre mehr als 30 Abteilungen ein Zirkular gerichtet, daß sie diese Veranstaltung nicht empfehlen könne; die Abteilungen sollten ihre üblichen Veranstaltungen nicht unterbrechen. Darauf verweigerte auch das „Hamburger Echo" die Wiederholung einer Anzeige, in der zur jährlichen großen Jugendfeier am 7. Mai eingeladen wurde. Dennoch war Hamburgs größter Saal (Sagebiel) am 7. Mai von etwa 3000 Personen gefüllt. Die Jugendlichen hatten das Programm selbst aufgebaut und bestritten es selbst bis auf die Ansprache und ein Klaviersolo. Ein am 1. Juni veranstaltetes Treffen der Jungwanderer im oberen Alstertal vereinigte 1200 Jugendliche. Seit Anfang April kommt ein monatliches Mitteilungsblatt heraus.

Von Anfang Mai ab werden aus Parteikreisen Einigungsversuche unternommen. Die Jugendorganisation hat Verhandlungen zugestimmt, die die Erhaltung der alten Organisation (unter Ausschluß der Zuschüsse) zur Voraussetzung hätten. Die Vorstände hatten am 17. Mai ebenfalls Verhandlungen zugestimmt. Trotzdem wurde in Altona und Ottensen versucht, die seit 1909 geeinte Jugendbewegung zu sprengen und dort besondere Gruppen zu bilden. Im „Hamburger Echo" Nr. 127 wurde in diesem Zusammenhang gegen „eine gewisse Richtung" polemisiert und behauptet, diese Richtung habe „die erwachsenen Arbeiter" „als Feinde der Jugend hingestellt". Die Jugendorganisation will aber nur unter allen Umständen an der seit Bestehen der Bewegung bewährten Form der Selbstverwaltung festhalten. Die gewohnte Arbeit in der Jugendorganisation nimmt ihren Fortgang. Die Sprengungsversuche sind vorläufig an dem Widerstand der Jugendlichen gescheitert. Nun bringen die Vorstände in den ersten Tagen des Juni zur Verteidigung ihrer Maßregeln eine in großer Auflage gratis verteilte Schrift „zur Aufklärung" heraus, an die sich nun abermals Auseinandersetzungen knüpfen. Trotz alles Geredes von der „Sonderorganisation", wird wohl alles nichts daran ändern, daß die auf eine schöne zehnjährige Entwicklung zurückblickende Jugendorganisation in Hamburg-Altona nicht „zeitweise eingestellt", sondern durch den Krieg erhalten wird. Die Kreisgeneralversammlung im dritten Hamburger Wahlkreis hat am 4. Juni gegen vereinzelte Stimmen doch einem Antrag zugestimmt, nach dem der Jugendorganisation des Gewerkschaftshaus wieder zur Verfügung gestellt werden soll.

Aus Industrie und Handel.

Erneuerung des Kohlensyndikats.

Das Kohlensyndikat richtete ein Rundschreiben an seine Mitglieder, in dem es als wünschenswert bezeichnet wird, möglichst bald Klarheit darüber zu schaffen, ob grundsätzlich Geneigtheit besteht, das Syndikat auf fünf Jahre auf Grund der geltenden Vertragsbestimmungen zu erneuern. Grundlegend sollen die zurzeit maßgebenden Beteiligungen sein, abgesehen von einigen in der Entwickelung begriffenen neuen Zechen und von Aenderungen, die sich bei neuen Hüttenzechen durch steigende Verbrauchsbeteiligungen und deren Einfluß auf die Verkaufsbeteiligungen ergeben. Für diese Aenderungen sollen Anträge gemäß den Vorschlägen gestellt werden, welche schon der frühere Erneuerungsausschuß für ein neues Dauersyndikat zu machen beabsichtigte. Das Syndikat erbittet Erklärungen von seinen Mitgliedern bis zum 15. Juli.

Amerikanische Ausfuhr vor und im Kriege.

Das Kopenhagener „Dagbladet" vom 26. Mai bringt folgenden interessanten, in Dollarmillionen aufgestellten Vergleich:

	1913	1915
Feuerwaffen	3,9	12,2
Patronen	3,00	24,8
Pulver	0,36	66,35
Sprengstoffe	0,65	89,1
Säuren	0,48	90,1
Chemikalien	8,8	39,9
Rohstahl	11,8	30,58
Stacheldraht	4,3	13,90
Stahldraht	4,97	11,90
Werkzeugmaschinen	15,56	42,04
Stahlfabrikate	19,6	62,71
Kupfer- und Aluminiumfabrikate	7,24	52,68
Schuhleder	7,8	26,6
Stiefel	11,0	30,6
Sattelzeug	0,75	18,24
Lastautomobile	1,69	59,83
Personenautomobile	25,34	35,06
Motorräder	0,8	2,82

Japanischer Handel im Kriege.

Der „Economist" vom 3. Juni meldet auf Grund eines Berichts aus Yokohama, daß Japan in den ersten 18 Kriegsmonaten, also bis Ende Januar 1916, Ausfuhrziffern aufweist, die sich um 5 Millionen Pfund erhöht haben auf fast 99 Millionen Pfund, während die Einfuhr auf 75¼ Millionen Pfund, das heißt um nicht weniger als fast 26 Millionen Pfund, herabgegangen ist. Die Zunahme der Ausfuhr betraf hauptsächlich Kupfer, Reis und Baumwollwaren. Der Hauptausfall zeigte sich auf den europäischen Märkten, wohin die japanische Ausfuhr um fast ¼ geringer war, während die Einfuhr aus Europa um nicht weniger als ⅘ abgenommen hat. Der Preis der Rohstoffe für die japanische Industrie ist enorm gestiegen. Blei und Zinn kosten jetzt doppelt so viel, Holz und Roheisen kosten mehr als doppelt so viel, Eisenwaren etwa 3½ mal so viel als früher. Der Preis habe sich für Holzzellstoffe vervierfacht, für Aluminium verfünffacht, für Antimon versiebenfacht, und für Pottasche verzehnfacht. Große Kriegsgewinne hat die japanische Glasindustrie besonders, weil sie nicht mehr die belgische Konkurrenz in Glasscheiben hat.

Gerichtszeitung.

Wann werden die Dummen alle werden?

Eine Schwindlerin, die mit einer erdichteten Erbschaft operierte und eine selbst in nicht glänzenden Vermögensverhältnissen lebende Geschäftsfrau um über 8000 M. schädigte, stand gestern in der Person der verehelichten Frieda Madde wegen Betruges im Rückfalle vor der 1. Strafkammer des Landgerichts III.

Die Angeklagte, die über keine eigenen Mittel verfügte, war im Jahre 1913 mit den Schließkeschen Eheleuten, die in der Zelterstraße ein kleines Wäschegeschäft betreiben, in Geschäftsverbindung getreten, um Wäsche von ihnen zu beziehen und diese in ihrem Bekanntenkreise abzusetzen. Sie schwindelte, um Kredit zu erhalten, dem Ehepaar vor, daß sie eine Erbschaft in Höhe von 19 000 M. besitze, die in Rummelsburg in Pommern liege und um die sie einen Prozeß führen müsse. Leider war Frau Schließke leichtgläubig genug, der Angeklagten daraufhin für 6700 Mark Ware ohne Bezahlung zu liefern, als die Bestellungen von dieser zahlreich bei ihr eingingen. Der Schwindlerin gelang es, der Vertrauensseligen noch bares Geld, meistens Beträge von 50 bis 100 M., abzuborgen, indem sie ihr vorlog, sie brauche das Geld für ihren Erbschaftsprozeß, und ihr ein zu diesem Zweck gefälschtes Schriftstück ihres angeblichen Rechtsanwaltsvorzeigte. Als der Betrogenen schließlich selbst das Geld knapp wurde, versetzte sie sogar Sachen, um den Anforderungen seitens der Madde gerecht werden zu können. Dann gab ihr die Madde auf ihr ständiges, energisches Drängen eine Zession auf die erwähnte Erbschaft. Mit der Zeit gingen der Frau Schließke denn aber doch die Augen etwas auf. Sie suchte den Vater der Angeklagten auf, von dem sie zu ihrem Schrecken erfuhr, daß die Erbschaft im Monde liege, denn er erklärte ihr rundweg, daß weder er noch seine Tochter jemals eine solche zu erwarten hätten. Im übrigen fügte er noch vielsagend hinzu, er habe schon sehr schlechte Erfahrungen mit seiner Tochter gemacht. Wie schlecht und raffiniert diese in der Tat war, zeigte der gemeine Streich, der nun zutage trat. Die Madde brachte nämlich, als sie jetzt scharf bedrängt wurde, eine Quittung hervor, laut der sie 2800 M. an ihre Lieferantin bezahlt hatte und diese erklärte, keine weiteren Ansprüche mehr zu haben. Diese Quittung war jedoch eine Scheinquittung, die nach Verabredung nur „zur Beruhigung" des Ehemannes der Angeklagten dienen sollte, der in Sorge um die Warenschulden seiner Frau angeblich war. Das Gericht ahndete diese Schwindeleien mit 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Amerikas Protestnote an England.

Der amerikanischen Note in Sachen der Beschlagnahme der Post entnehmen wir:

(W. T. B.) Washington, den 24. Mai 1916.

Euerer Exzellenz beehre ich mich, den Empfang der Note vom 3. April d. J. zu bestätigen, die ein Memorandum vom 15. Februar d. J. übermittelt, das seinem wesentlichen Inhalt nach dem amerikanischen Botschafter in London am 28. Februar d. J. mitgeteilt worden ist, und in dem der Standpunkt der englischen und französischen Regierungen festgestellt wird hinsichtlich des Rechts, Pakete und Briefpost, die zwischen den Vereinigten Staaten und Europa zur See unterwegs sind, zurückzuhalten und zu durchsuchen. . . .

Es wird mit Genugtuung festgestellt, daß die englische und die französische Regierung nicht beanspruchen — und nach Ansicht dieser Regierung auch gar nicht beanspruchen können — daß ihre sogenannten Maßnahmen eine genügende Grundlage bilden, um daraus das Recht eines Eingreifens bei jeder Art von Postsachen im Durchgangsverkehr nach oder von den Zentralmächten herzuleiten. Im Gegenteil scheint ihr Standpunkt der zu sein, daß „echte Korrespondenz" unverletzlich ist und daß sie „getreu ihren Verpflichtungen" davon absehen werden, solche Korrespondenzen „auf hoher See" anzuhalten und zu beschlagnahmen. Die verbündeten Regierungen fahren jedoch fort, die neutralen Regierungen dieser Zusicherungen zu berauben, indem sie die Post auf den Schiffen im Hafen statt auf hoher See anhalten und beschlagnahmen. Sie zwingen neutrale Schiffe ohne rechtlichen Grund in ihre Häfen einzulaufen, oder sie veranlassen die Schiffahrtsgesellschaften durch eine Art von Zwang, die Post auf den Schiffen über britische Bestimmungshäfen und auf Schiffen, die ausschließlich britische Häfen anlaufen, zu befördern, indem sie so mit Gewalt durch ungerechtfertigte Maßnahmen sich eine rechtswidrige Gerichtshoheit aneignen. Auf Grund dieser aufgezwungenen Gerichtshoheit nehmen die Behörden alle Postsendungen, Briefpost sowohl wie Paketpost weg und beordern sie nach London, wo jedes einzelne Stück, auch wenn der Absender oder der Empfänger ein neutraler ist, geöffnet und eingehend untersucht wird, um „die Unbedenklichkeit des Inhalts" je nach dem Urteil des englischen oder französischen Zensors festzustellen. Was bei dieser Durchsicht dann schließlich übrig bleibt, wird häufig mit einem Zeitverlust, der gar nicht mehr gut zu machen ist, an seinen Bestimmungsort weitergeleitet. Schiffe werden auf dem Wege nach oder von den Vereinigten Staaten und nach oder von neutralen Ländern aufgehalten und die Post wird zurückgehalten und erleidet eine Verzögerung von mehreren Tagen, in einzelnen Fällen sogar von Wochen und Monaten, selbst wenn sie nicht für nordeuropäische Plätze via britische Häfen bestimmt ist. Dieses Verfahren wurde seit der Bekanntmachung vom 15. Februar 1916 befolgt. Teilweise wurde schon vor diesem Zeitpunkte so verfahren und dies hat damals den Protest dieser Regierung vom 4. Januar 1916 zur Folge gehabt. Aber das Memorandum, dessen Empfang oben bestätigt wird, nimmt von diesem Protest keine Notiz und geht in keiner Weise auf die Sache ein. Die Regierung der Vereinigten Staaten muß erneut mit Nachdruck betonen, daß die britische und französische Regierung keine rechtlich begründete Gerichtshoheit über Schiffe erlangen können, die sie zwingen oder veranlassen, zur Durchsuchung der Post ihre Häfen anzulaufen und daß ihnen als Kriegführenden diesen Schiffen gegenüber keine weitergehenden Rechte zustehen, als sie auf hoher See ausüben dürfen; denn nach Ansicht der Vereinigten Staaten kann kein rechtlicher Unterschied gemacht werden zwischen einer Postbeschlagnahme auf hoher See, auf welche ja angeblich verzichtet wird, und einer Beschlagnahme auf Schiffen, die sich freiwillig oder unfreiwillig in einem Hafen befinden. Das englische und französische Vorgehen läuft darauf hinaus, daß die Neutralen in gesetzwidriger Weise in der Beförderung der Post auf dem Weltmeere beschränkt werden. Die tatsächlich befolgte Handlungsweise der verbündeten Mächte läßt nur den einen Schluß zu, daß die Kundgebung vom 15. Februar dieses Jahres lediglich besagen wollte, daß ein rechtswidriges Verfahren aufgegeben wurde, um der Entwickelung eines anderen noch mehr rechtswidrigen und schikanösen Verfahrens Platz zu machen. Das jetzige Verfahren verstößt nicht nur gegen den Geist der Kundgebung vom 15. Februar, sondern steht auch im Widerspruch mit dem Haager Abkommen, auf das es zugestandenermaßen gegründet wird. Außerdem ist dadurch das bisherige Gewohnheitsrecht der Völker verletzt, ein Recht, das Großbritannien und seine Verbündeten in der Vergangenheit einzubürgern und aufrechtzuerhalten bestrebt waren, obwohl es in dem Memorandum heißt: „daß noch bis zum Jahre 1907 selbst Briefe und Depeschen angehalten und beschlagnahmt werden konnten". . . .

Wie das englisch-französische Memorandum besagt, hat Deutschland selbst im jetzigen Kriege davon abgesehen, der neutralen Post Schwierigkeiten zu bereiten, und zwar sogar in den Fällen, in denen sich die Post an Bord von Schiffen der kriegführenden Mächte befand. Ein Beispiel hierfür bildet der Fall des französischen Dampfers „Floride", der durch den Hilfskreuzer „Prinz Eitel Friedrich" gekapert worden war, ein Fall, den die englische und französische Regierung zur Begründung ihrer Darlegung über die Paketpost benutzt haben. In diesem Fall wurden die 144 Säcke Briefpost der „Floride" vom Kommandanten des Hilfskreuzers bei der ersten sich bietenden Gelegenheit an ihre Bestimmung weitergeleitet. Es scheint deshalb überzeugend nachgewiesen zu sein, daß die Belästigungen des Postdienstes, über die sich diese Regierung mit Recht beklagt, in ihrer Begründung und in ihrer Ausführung ein Unrecht darstellen. Die von der englischen und französischen Regierung willkürlich angewandten Methoden haben die schwersten Schädigungen für Bürger der Vereinigten Staaten zur Folge gehabt. Wichtige Schriftstücke, von welchen nur mit großer Mühe eine zweite Ausfertigung hergestellt werden kann, z. B. amerikanische Patente für Erfindungen, seltene Urkunden, gerichtliche Papiere für Nachlaßsachen, Vollmachten, Feuerversicherungsansprüche, statistische Aufstellungen, und ähnliche Urkunden sind aufgehalten worden. . . . Schecks, Wechsel, Postanweisungen, Wertpapiere und ähnliche Vermögensstücke gehen verloren oder werden Wochen und Monate lang zurückgehalten. Geschäftskorrespondenzen, die sich auf den rechtmäßig und gutgläubig betriebenen Handel zwischen neutralen Ländern beziehen, Privatkorrespondenzen, selbst gewisse amtliche Sendungen wie Postanweisungsverzeichnisse und andere Dinge, die von Regierungsstellen abgesandt sind, werden zurückgehalten, gehen verloren oder werden möglicherweise vernichtet. . . . Allein ich glaube genügend Tatsachen angeführt zu haben, um die unerhörte und schikanöse Beschränkung des Postverkehrs zu zeigen, wie sie fortgesetzt seitens der britischen und französischen Behörden ausgeübt wird. Nicht allein werden amerikanische geschäftliche Interessen in Mitleidenschaft gezogen, sondern auch Eigentumsrechte sowie internationale Rechtsregeln und Gewohnheiten verletzt. Ich kann nur hinzufügen, daß diese fortgesetzte Verletzung zu solchen Verlusten für amerikanische Bürger führen kann und infolgedessen möglicherweise zu einer Verantwortlichkeit der Vereinigten Staaten hierfür, daß die amerikanische Regierung sehr bald gezwungen sein wird, die Aufmerksamkeit der britischen und französischen Regierung auf die Notwendigkeit eines vollen Schadenersatzes zu lenken.

Da das Prinzip klar und bestimmt ist und die gegenwärtige Praxis der englischen und französischen Regierung offenkundig mit diesem Prinzip im Widerspruch steht, so will ich den Standpunkt der amerikanischen Regierung hinsichtlich der Behandlung gewisser Arten von verschlossenen Postsachen etwas eingehender auseinandersetzen, unter genauer Beobachtung der Grundsätze, über die unsere Regierungen im allgemeinen übereinstimmender Ansicht zu sein scheinen. Die amerikanische Regierung neigt zu der Ansicht, daß die Kategorie von Postsachen, zu der Effekten, Wechsel, Zinsscheine und ähnliche Wertpapiere gehören, ebenso wie Waren oder andere Vermögensstücke zu behandeln ist, und daher die Ausübung der Rechte der Kriegführenden in gleicher Weise unterliegt. Postanweisungen, Schecks, Tratten, Banknoten und andere Geldersatzmittel müssen wohl ebenfalls als Waren angesprochen werden. Dagegen müssen Korrespondenzen, einschließlich Verschiffungsurkunden und Postanweisungsverzeichnisse, selbst wenn sie sich auf „Zufuhr oder Ausfuhr" beziehen, außer wenn sie auf demselben Schiff mit Ware, auf die sie sich beziehen, befördert werden, nach Ansicht der amerikanischen Regierung als „echte Korrespondenz" angesehen werden und haben ein Anrecht auf freie Durchfuhr.

In Anbetracht der unzulässigen Methoden, die die englischen und französischen Behörden anwenden, indem sie Postsendungen, die zwischen den Vereinigten Staaten und anderen neutralen Ländern sowie zwischen den Vereinigten Staaten und den Feinden Englands verkehren, aufhalten, kann die Regierung der Vereinigten Staaten das Unrecht, das Bürger der Vereinigten Staaten durch diese Methoden erlitten haben und weiterhin erleiden, nicht dulden. Wollte man sich einem solchen unzulässigen Verfahren fügen, so würde damit wiederholten Verletzungen des Völkerrechts durch die kriegführenden Mächte auf Grund militärischer Notwendigkeit, über die der Verletzende der alleinige Richter sein würde, Tür und Tor geöffnet. Es ist klar, daß ein neutraler Staat nicht zulassen kann, daß seine Rechte auf hoher See durch Kriegführende bestimmt werden oder daß die Ausübung dieser Rechte von der Regierung kriegführender Staaten nach Willkür zugelassen oder versagt wird. Die Rechte der Neutralen sind ebenso sicher wie die Rechte der Kriegführenden und müssen streng beobachtet werden.

Mit Rücksicht auf das Völkerrecht und die Rechte der Neutralen, deren Berücksichtigung die englische und französische Regierung so oft betont haben, und deren Uebertretung sie gegen ihre Feinde in dem gegenwärtigen Kriege so heftig geltend machten, erwartet die Regierung der Vereinigten Staaten, daß das von den englischen und französischen Behörden gegenwärtig angewandte Verfahren in der Behandlung der Postsendungen nach und von den Vereinigten Staaten aufhört und daß die Rechte der Kriegführenden in ihrer Ausübung sich nach den Grundsätzen für die Durchfuhr von Postsachen und nach dem hierbei von allen Völkern anerkannten Verfahren richten. Nur eine radikale Aenderung in dem gegenwärtigen Verhalten Englands und Frankreichs und nur die vollständige Wiederherstellung unserer Rechte als neutraler Staat wird die Regierung der Vereinigten Staaten zufriedenstellen.

gez.: Robert Lansing.

Minderheit gegen Mehrheit in Frankreich.

Die Zensur macht es auch den Parteigenossen in Frankreich, die nicht auf dem Boden der Mehrheit stehen, recht schwer, in der Presse ihre Ansichten mit der wünschenswerten Klarheit zu vertreten. Es ist in Frankreich genau wie anderswo: diejenigen Gruppen, die in der Opposition stehen, können nicht mit der gleichen Offenheit wie die anderen ihre Ideen vortragen. Machen sie den Versuch, so sind entweder Zensurlücken oder gar Verbote die Folge. Immerhin gelingt es hier und da, sich mit den Parteigenossen der Mehrheit auseinanderzusetzen, und jetzt benutzt Sixte-Quenin einen Artikel von La Chesnais im „Avenir", um einen der prinzipiellen Unterschiede zwischen Minderheit und Mehrheit in der französischen Partei herauszuarbeiten.

Er führt in der neuen Journal-Revue „Le Populaire" besonders folgende Sätze von La Chesnais an:

„Aber die (sozialistische) Partei muß vor allem das Problem des vorzeitigen Friedens oder des Krieges „bis zum Ende" lösen.

Jedoch, wie auch der Friede sei, den man in der gegenwärtigen Stunde von Deutschland erhalten könnte, sicher ist, daß daraus wieder ein Europa des unbeständigen Gleichgewichts herauskäme, in dem wir selbst verpflichtet wären, die Notwendigkeit der Rüstungen zu proklamieren. Das Ende vor dem entscheidenden Sieg wollen, heißt auf die Hoffnung verzichten, die am meisten dazu beigetragen hat, den Truppen ihre schöne Energie zu geben."

Sixte-Quenin macht nun darauf aufmerksam, daß es sich hier nicht um einen demütigenden Frieden handelt, denn La Chesnais wisse, daß es keinen Sozialisten in Frankreich gebe, der für einen demütigenden Frieden zu haben wäre. „Was er zurückweist, ist einfach ein Frieden, der nicht das Resultat eines entscheidenden Sieges wäre, in Wirklichkeit also ein Friede, der nicht ein glorreicher wäre, ein Friede, den er als vorzeitig beurteilt." Das alles, weil Europa ohne einen entscheidenden Sieg in einem schwankenden Gleichgewicht bleiben würde. Also müßte Frankreich, wenn es aus irgendeinem Grunde und durch irgendein Mittel morgen die Möglichkeiten eines ehrenhaften, günstigen Friedens auftauchen sähe, diese zurückweisen. Asquith habe sich bereit erklärt, alle ernsthaften Vorschläge, die gemacht würden, zu prüfen; La Chesnais dagegen erkenne nur die an, die Deutschland durch den entscheidenden Sieg der Alliierten auferlegt werden könnten.

Damit stelle sich La Chesnais in eine Linie mit Maurice Barrs, der schon gefordert habe, der Krieg dürfe erst aufhören, „wenn Deutschland auf die Knie fiele". Und wenn der Sieg errungen wäre, würde er Deutschland zerstückeln, das linke Rheinufer annektieren und Deutschland eine Kriegsentschädigung von hundert Milliarden auferlegen.

La Chesnais stellte jedoch einige Fragen, ehe er mit der gebieterischen Notwendigkeit des entscheidenden Sieges schloß:

„Wir wissen, daß der Sieg der Alliierten sicher ist. Aber wird er entscheidend genug sein? Und genügt das, damit jede neue, von Deutschland kommende Kriegsgefahr ausgelöscht ist? Und kann keine andere Gefahr von einer anderen Seite kommen? In all dem sind zuviel Unsicherheiten, und niemand kann augenscheinlich wagen, mit Bestimmtheit vorauszusagen, daß der Frieden wirklich befestigt sein wird."

Dann folgen einige Zensurzeilen.

In diesen Punkten stimmen rechts und links in der französischen Partei überein, auch die Linke will nicht die Abrüstung als Vorbedingung des Friedens; sie soll ihm folgen, vor allem auch, weil die Abrüstung eine schwierige Sache bleibt, solange das kapitalistische System besteht.

Gewiß, das Volk ist mit uns, fährt Sixte-Quenin fort, aber wir werden nicht die großen Hüttenmächte (puissances métallurgiques) auf unserer Seite haben und ich lasse dahingestellt, ob, wie La Chesnais sagte, „jedermann, in allen Klassen und unter den Wählern aller Parteien den Militarismus und den aggressiven Patriotismus zurückgewiesen hat".

Jedoch was soll man erst zu der ruhigen Sicherheit sagen, mit der La Chesnais behauptet:

„Der Geist der Eroberung existiert nicht in Frankreich, die seltenen Annexionisten können mit Ironie oder Stillschweigen behandelt werden. Man ist überzeugt, daß die Annexionen fremder Gebiete dem Völkerrecht zuwiderlaufend und außerdem eine Gefahr und nicht eine Garantie sind."

Gerade so hätten vor dem Kriege gewisse Sozialisten von den Pangermanisten in Deutschland gesprochen, sie sollten nur eine unbedeutende Minorität sein und hätten doch die ganze Politik ihres Landes beherrscht und den Kaiser und den Kanzler dahin geführt, wo sie wollten. Es sei vielleicht noch weniger verständig, zu glauben, daß die vom „Temps", „Matin" und „Echo de Paris" vergifteten Gehirne Eroberungen und Annexionen ablehnten. La Chesnais hätte in der Sitzung sein müssen, in der Renaudel so mutig den antiannexionistischen Grundsatz vortrug, er hätte die wütenden Proteste hören müssen und den frenetischen Beifall, den zwei Drittel der Deputierten Herrn Maginot spendeten, als er versicherte, daß es „niemand erlaubt sei, im voraus die Forderungen des Vaterlandes zu beschränken". Wenn er alles das bedächte, würde Genosse La Chesnais zugeben müssen, daß, wenn der Friede ohne Annexionen wird, das nicht ausschließlich von dem einstimmigen Willen des „Matin" abhängen werde.

Pressemane habe bereits dem Appell Renaudels zugestimmt, der Briand aufforderte, der deutschen Regierung zu antworten, die behauptete erklärt zu haben, „daß sie bereit ist, Frieden zu schließen auf einer Basis, die die Lebensinteressen Deutschlands gewährleistet". Aber La Chesnais sollte auch die Kritiken des „Echo de Paris" gegen Renaudel lesen; und wenn Briand nicht antworte, so wisse man auch, was das zu bedeuten habe. Und zuletzt gibt Sixte-Quenin dem Genossen von der Mehrheit den Rat, zu lesen, was Poincaré in Nancy gesagt habe.

Wir sehen, die Minorität bekämpft vor allem das blinde Vertrauen einer Anzahl Genossen in die Absichten des Bürgertums und der Regierung, und dann verlangt sie ein klares Bekenntnis zur Friedensbereitschaft. Sie lehnt die Phrase vom entscheidenden Sieg ab, sie will einen schnellen und ehrenhaften Frieden. Dem steht das kapitalistische Frankreich hindernd im Wege, aber die Vertreter des Kapitalismus erhalten Verstärkung durch die Sozialisten der Mehrheit, die nicht scharf und klar genug sofortige Verhandlungen auf der Basis eines Friedens ohne Annexionen verlangen und statt dessen von einem ruhmreichen Frieden reden. (z)

Eine polizeiliche Denkschrift über die sozialistische Bewegung in Rußland.

Die unverkennbare Verschärfung des reaktionären Regierungskurses unter der Leitung des russischen Ministerpräsidenten Stürmer hat in den letzten Wochen zu der Eröffnung eines Feldzuges gegen die Kriegsindustrie-Ausschüsse geführt, in denen bekanntlich das liberale Bürgertum eine Art Stützpunkt für ihre organisatorischen und politischen Bestrebungen gefunden hat. Mit großer Besorgnis wird in der liberalen Presse die Frage des weiteren Bestehens dieser Ausschüsse erörtert, und die Beziehungen, die die liberalen Politiker zu den Regierungskreisen haben, werden eifrig in Gang gebracht, um das drohende Schicksal der Auflösung von den Kriegsindustrie-Ausschüssen abzuwenden. Wie es scheint, haben diese Bemühungen insofern einen teilweisen Erfolg gehabt, als von seiten der mit der Regierung in Verbindung stehenden reaktionären Kreise jetzt weniger gegen die Kriegsindustrie-Ausschüsse als solche, als gegen die in ihnen bestehenden Arbeitergruppen heftige Einwendungen erhoben und deren unverzügliche Auflösung gefordert wird.

Einen Einblick in diese Treibereien gegen die Arbeitergruppen in den Kriegsindustrie-Ausschüssen gewähren nun die Enthüllungen der Moskauer „Rußkija Wjedomosti" über die Einzelheiten dieser Kampagne. Nach diesen Informationen, die durchaus glaubhaft erscheinen, hat das Polizeidepartement schon im verflossenen Winter an den früheren Kriegsminister Poliwanow einen Bericht gesandt, wonach die Arbeitervertreter in den Kriegsindustrie-Ausschüssen als „politisch unzuverlässig" erklärt wurden. Als dieser und einige ähnliche nachfolgende Berichte erfolglos blieben, sandte das Polizeidepartement im März d. J. einen umfangreichen Bericht über die sozialistische Bewegung in Rußland und im Auslande in Verbindung mit der Tätigkeit der Kriegsindustrie-Ausschüsse unmittelbar an den Ministerpräsidenten Stürmer, ohne dem Kriegsminister Poliwanow Kenntnis von diesem Bericht zu geben. Bekanntlich fand einige Wochen später die Verabschiedung Poliwanows statt, und man geht wohl mit der Annahme nicht fehl, daß der erwähnte Bericht des Polizeidepartements bei der plötzlichen Verabschiedung des Kriegsministers eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat.

Der Inhalt dieses polizeilichen Berichtes läuft nach den Angaben des zitierten Moskauer Blattes auf folgendes hinaus: Zu Beginn des zweiten Kriegsjahres habe sich in Rußland wie im Auslande die sozialistische Bewegung bedeutend verstärkt und zwar habe sie einen scharf ausgeprägten antimilitaristischen Charakter angenommen. Jene Richtung, als deren Vertreter in Rußland Plechanow angesehen werden könne, finde nach den Angaben des Polizeidepartements in den Arbeiterkreisen keine große Sympathie. Dagegen gewinne jene Richtung mehr an Boden, die sich zwar formell von den Anhängern einer Niederlage abgrenze, aber ein bestimmtes Streben zum schleunigen Friedensschluß ausdrücke, da der Krieg die Arbeiter von ihren direkten Aufgaben ablenke und die Verstärkung des kapitalistischen Druckes fördere. Diesen Standpunkt habe sich die Zimmerwalder Konferenz und andere sozialistische Kongresse im Auslande, an denen auch russische Sozialisten teilnahmen, zu eigen gemacht. Der Bericht des Polizeidepartements weist ausdrücklich, wenn auch vollkommen im Widerspruch mit der Wahrheit, darauf hin, daß eben diese sozialistischen Kongresse die „im Geheimen wirkenden" russischen Sozialisten zu der Idee gebracht hätten, die Kriegsindustrie-Ausschüsse für die Organisation der ins Stocken geratenen revolutionären sozialistischen Bewegung in Rußland „auszunutzen". Der Bericht schildert eingehend den Gang der Wahlkampagne in den Arbeiterkreisen und behauptet, in die Wahlversammlungen der Arbeiter seien als Arbeiter verkleidete „Parteisozialisten" eingedrungen (!), was zur Folge gehabt habe, daß sämtliche Delegierte der Arbeiter sich als Angehörige jener Richtung entpuppten, die heimlich (!) eine Niederlage Rußlands herbeisehne!

Dem Bericht des Polizeidepartements ist eine ganze Anzahl von Instruktionen der Wähler an die Arbeiterdelegierten, Resolutionen ausländischer sozialistischer Kongresse, Flugblätter und ähnlichem Material beigefügt, das nach Ansicht des Polizeidepartements den schlüssigen Beweis erbringe, daß die Ziele der Arbeiter, die in die Kriegsindustrie-Ausschüsse eintraten, von denen der Landesverteidigung weit entfernt seien. Ferner wird darauf hingewiesen, daß das Polizeidepartement die Arbeitervertreter in den Kriegsindustrie-Ausschüssen so sorgfältig „beobachten" ließ, daß dem Ministerium des Innern sämtliche Reden der Arbeitervertreter in den Sitzungen der Ausschüsse im Wortlaut zur Kenntnis gebracht werden konnten!

Der Bericht des Polizeidepartements erhebt, auf alle diese Angaben gestützt, Anklage gegen die Kriegsindustrie-Ausschüsse, daß sie

durch die Heranziehung von Arbeitern in ihren Bestand, durch die ihnen gewährte Selbständigkeit des Handelns (bekanntlich setzten es die Arbeiter in den meisten Ausschüssen durch, daß sie selbständige Sektionen bilden durften) den Sozialisten die Möglichkeit geboten hätten, gestützt auf die Ausschüsse eine sozialistische Propaganda zu entfalten, die revolutionären Elemente im Lande zu sammeln, ja sogar Arbeiterausstände hervorzurufen und zu leiten. Die Quintessenz der Anklage lautet dahin, daß die Kriegsindustrie-Ausschüsse durch die Aufnahme der Arbeiter in ihren Bestand sich in „Stützpunkte der revolutionär-sozialistischen Arbeiterbewegung" verwandelt hätten.

Dieser Bericht des Polizeidepartements, dessen tendenziösen Charakter nachzuweisen sich wohl erübrigt, hat auf die Regierungskreise einen solchen Eindruck ausgeübt, daß er den Erörterungen über die „Reform" der Kriegsindustrie-Ausschüsse zugrunde gelegt wurde. Wie verlautet, sollen nun Maßnahmen ergriffen werden, um die Arbeitergruppen auf irgendeine Weise aus den Kriegsindustrie-Ausschüssen zu entfernen. Es wird beabsichtigt, eine besondere Regierungskundgebung zu veröffentlichen, in der dargetan werden soll, daß die Regierung den Nutzen der Kriegsindustrie-Ausschüsse für die Landesverteidigung durchaus anerkenne, und ihre Tätigkeit keineswegs einzuschränken gedenke, es aber als ihre Pflicht betrachte, gegen die zu Tage getretene „schädliche Tätigkeit" der Arbeitervertretungen in den Ausschüssen Maßnahmen zu ergreifen.

Sollten sich, was durchaus anzunehmen ist, diese Mitteilungen des gut unterrichteten Moskauer Blattes bestätigen, so würde die russische Regierung vor aller Welt das Zeugnis erbringen, daß es ihr nicht gelungen ist, die russische Arbeiterklasse, auf deren „Loyalität" die offiziellen und inoffiziellen Regierungsmänner sonst hinzuweisen lieben, vor den Wagen der russischen Kriegspolitik zu spannen. (x)

Politische Uebersicht.

Ein zweifelhafter Vergleich.

Im „Tag" zieht der bekannte Nationalökonom Professor Dr. Herkner eine Parallele zwischen dem bürgerlichen Liberalismus der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts und der heutigen Sozialdemokratie. Derartige Vergleiche haben sich in den letzten Jahren wohl häufig den Kennern der Geschichte des deutschen Liberalismus aufgedrängt, da in der Tat die Haltung weiter Parteikreise gegenüber der Regierung in gewissen Beziehungen an die Wandlung eines Teils des bürgerlichen Liberalismus zum Nationalliberalismus erinnert. Professor Herkner bringt diese Aehnlichkeit in geradezu grausamer Deutlichkeit zur Darstellung. Nach einem kurzen Rückblick auf die Vorgänge im Jahre 1866, dem Geburtsjahr der nationalliberalen Partei, schreibt er:

„Es ist nicht die bloße Freude an parteigeschichtlichen Erinnerungen, welche diesen Rückblick veranlaßt. Er soll vielmehr die große Aehnlichkeit zum Bewußtsein bringen, welche in Hinsicht der inneren Politik zwischen 1866 und 1916 besteht. Auch heute stehen die Regierung und eine große Volkspartei vor der Frage, ob sie den erbitterten Kampf, in dem sie vor dem Kriege ihre Kräfte gegeneinander aufgerieben haben, einstellen oder nach Friedensschluß von neuem, vielleicht mit noch größerer Entschlossenheit wieder aufnehmen sollen. Auch heute zeigen die Gruppen, auf die sich die Regierung bisher allein stützen konnte, nicht überall eine große Neigung, die politischen Neuerungen zu fördern, ohne welche die Vertreter der Opposition vielleicht nicht imstande sein werden, ihre Beziehungen zur Reichsleitung und den anderen Parteien auf die Dauer und in wesentlichen Punkten umzugestalten. . . .

Im Gegensatz zu manchen anderen Erwerbsgruppen, welche selbst vor einer wucherischen Ausbeutung der Kriegskonjunktur nicht zurückgeschreckt sind, hat die organisierte Arbeiterschaft jeden Kampf um bessere Arbeitsbedingungen eingestellt. Hier war es nicht notwendig, durch gesetzliche Höchstpreise einem Wucher mit der Verwertung der Arbeitskraft entgegenzuarbeiten. Die sozialistische Schulung und Disziplin, welche das Interesse des Ganzen den Sonderinteressen voranzustellen lehrte, haben hier, z. B. im Gegensatze zur englischen Arbeiterschaft, Triumphe gefeiert.

Gewiß, nicht alle Mitglieder der Sozialdemokratie sind auf den nationalen Boden übergetreten, ebenso wie auch 1866 nicht alle Fortschrittler sich zum Ausgleiche mit der Regierung verstehen konnten. Die Zukunft unseres Volkes hängt nun aber sehr wesentlich davon ab, ob die nationale, „sozialpatriotische" oder die international-revolutionäre Gruppe der Führer die Massen um sich scharen wird. Regierung und Sozialdemokratie stehen zueinander im Verhältnisse funktioneller Abhängigkeit. Jeder Fehler auf der einen wird auch Fehler auf der anderen Seite hervorrufen, jede weise kluge Tat der herrschenden Mächte wird die sozialpatriotische Haltung der Arbeiterklassen befestigen und vertiefen.

Man kann nur aufrichtig wünschen, es möge zwischen Reichsleitung und Arbeiterklasse sich jenes verständnis- und vertrauensvolle Zusammenwirken anbahnen, wie es Bismarcks Staatskunst einst mit seinen früheren Gegnern aus der Fortschrittspartei zu verwirklichen verstand."

Wenn das historische Urteil Herkners zutreffen sollte, müßte es über die Sozialdemokratische Partei noch viel härter ausfallen als die Kritik der damaligen linksliberalen Elemente gegen ihre nach rechts abschwenkenden Parteifreunde. Die Nationalliberale Partei warf zwar damals die bisherigen Parteigrundsätze über Bord, aber sie tat es nicht, um der Regierung einen Gefallen zu tun, sondern um ihre eigenen Interessen schärfer vertreten zu können. Wie stände aber eine Partei da, die nicht nur einzelne Programmsätze aufgibt, sondern auch, wie Herkner z. B. beim Vergleich mit der englischen Arbeiterschaft feststellt, ihre besonderen Interessen vernachlässigt!

Die Opposition der Schwerindustriellen.

In den „Westf. Pol. Nachr." der nationalliberalen Korrespondenz für das Industriegebiet, regt sich scharfe Opposition gegen die konzlerfreundliche Richtung der Partei, die durch die „Köln. Ztg." vertreten wird. Die Korrespondenz schreibt:

„Wenn die „Köln. Ztg." der Meinung ist, man könne das deutsche Volk im Kampfe gegen die alten monarchischen Rechtsparteien einigen, um jetzt einen brauchbaren Frieden und später eine glückliche innere Entwickelung zu erringen, dann beneiden wir den Kanzler um die Unterstützung nicht, die ihm irgendeine übereifrige offiziöse Feder leiht. Was aber das Verhältnis der nationalliberalen Partei zur Regierung und damit ihre Stellung innerhalb der Parteien betrifft, so kann die „Köln. Ztg." darüber vollkommene Klarheit erhalten, wenn sie den letzten Zentralvorstandsbeschluß noch einmal aufmerksam liest. Dort hat die nationalliberale Partei erklärt, daß sie in West und Ost und Uebersee eine Erweiterung der Land- und Seegrenzen fordert und daß sie, wenn Amerika die Aufhebung der völkerrechtswidrigen englischen Handelssperre gegen Deutschland nicht erreicht, die rechtzeitige und rücksichtslose Führung des Unterseebootskrieges verlangt. Aehnlich hat der Abgeordnete Bassermann in Uebereinstimmung mit der gleichzeitig abgegebenen konservativen Erklärung jetzt nochmals den Standpunkt der Partei dargelegt. Der Zentralvorstandsbeschluß knüpfte hieran die Erklärung, daß die nationalliberale Partei jede Regierung unterstützen werde, die diese Ziele mit unbeugsamer Festigkeit verfolgt. **Hierbei wird es wohl sein Bewenden haben.**"

Mit Recht meint das „Berl. Tageblatt", daß die „Westf. Pol. Nachr." zwar nicht im Namen der gesamten Nationalliberalen sprechen, wohl aber des Sprachrohr des einflußreichen und kapitalkräftigen rechten Flügels der Partei seien.

Försters Verteidigung.

Professor Förster, der nach seiner eigenen Mitteilung keine Aufforderung erhalten hat, seine Vorlesungen einzustellen, schreibt dem „Berliner Tageblatt" u. a.:

„Mit ihrer öffentlichen Erklärung hat die Münchener philosophische Fakultät zweifellos einen schweren Mißgriff begangen. In einer Zeit, in der von allen Seiten der „Abbau der politischen Zensur" gefordert und nicht nur von den obersten Reichsbehörden, sondern auch vom obersten Generalstabschef als wünschenswert hingestellt wird — in einer solchen Zeit hätte eine wissenschaftliche Korporation wohl darauf verzichten dürfen, die kritische Revision unserer neueren politischen Entwicklung als Gefährdung des Vaterlandes zu stempeln. Unser Staatswesen steht doch keineswegs auf so wackligen Füßen, daß sofort das amtliche Eingreifen der Fakultät nötig wurde, wenn das Bestreben nach gründlicher Neuorientierung des völkerpolitischen Denkens einen mit der Pflege politischer Pädagogik und Ethik betrauten Kollegen zu radikalem Zweifel an gewissen politisch-historischen Dogmen führt. . . .

In der öffentlichen Erklärung der Münchener Fakultät findet sich ein Satz, bei der der Kenner des freiheitlichen Geistes der deutschen Universitätsgesetze sich an den Kopf faßt: „Die Mitglieder der Fakultät werden jedem Versuche, sie (diese Meinungen) unter der Autorität des Lehramts in der akademischen Jugend zu verbreiten, mit vollster Entschiedenheit entgegentreten." Wohin zielt dieses? Seit wann hat in Deutschland die Fakultät irgendwelche Disziplinar- oder sonstige Gewalt über die Lehrausübung eines ordentlichen Professors? Oder will man diejenigen Studierenden, die der Sympathie mit meinen Ansichten verdächtig sind, irgendwie die Macht der Majorität spüren lassen?

Wenn schon die Rücksicht auf den Eindruck im Auslande so maßgebend sein soll, so hätte man wahrlich besser getan, durch eine solche Aktion nicht der gewiß unwahren Behauptung des „Temps" einen Schein von Berechtigung zu geben, daß die deutschen Universitäten zurzeit „geistig völlig uniformiert" seien.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten" verkünden bei dieser Gelegenheit: „Derartige schiefe und unhistorische Auffassungen . . . können durch die akademische Freiheit nicht mehr gedeckt werden, weil sie, namentlich während des Krieges (also nicht bloß in der Kriegszeit!!), das Ansehen des Vaterlandes im Inland und Ausland gefährden." Ob die Anreger der gegen mich gerichteten akademischen Aktion nicht einen Schrecken vor dieser Interpretation der Lehrfreiheit bekommen, die doch genau so dehnbar ist wie der Begriff des „groben Unfugs" oder der „Verächtlichmachung staatlicher Einrichtungen?" Und mit solchen Auslegungen der Lehrfreiheit will man die Behauptungen des Auslandes von der Knechtung der deutschen Seele durch die Staatsgedanken widerlegen? . . . Ohne allseitigen „Abbau" in der Völkerverhetzung und in der eitlen und gottlosen Selbstgerechtigkeit wird kein Friede kommen, sondern die Völker werden sich bis zum Verbluten zerfleischen, so wie es ein Japaner gesagt hat: „Lasset uns ruhig abwarten, bis Europa sein Harakiri vollzogen haben wird." Sollten aber zwei Jahrtausende europäischer Gesittung wirklich nicht verhindern können, daß wir Europäer samt und sonders mit blöden, hilflosen Gesichtern in den Abgrund fahren, wobei noch jeder einzelne einen Lobgesang auf seine herrliche Vergangenheit und seine schneeweiße Unschuld anstimmt?

In einer leitenden englischen Zeitschrift („Hibbert Journal") wurde neulich eine deutsche Broschüre besprochen, die sich gegen die Völkerverhetzung wendet. Der Rezensent (Prof. L. Dickinson-Cambridge) schrieb: „Man sieht, es ist keine Nation von „Barbaren", in der solche Stimmen laut werden." Nun also! Lasset uns mitten im Tumult der Verhetzung das Unsere tun, damit endlich die europäische Stimme auf allen Seiten triumphiere und die Zeit komme, wo „die Rachegöttinnen fern abdonnernd die Tore der Hölle hinter sich zuschlagen"!

Neue Bundesrutsbeschlüsse.

Amtlich. Berlin, 14. Juni. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend § 214 Abs. 3 der Reichsversicherungsverordnung, der Entwurf einer Bekanntmachung über Arbeitsnachweise, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Einschränkung der Arbeitszeit in Betrieben, in denen Schuhwaren hergestellt werden, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend die Durchführung des § 392 Abs. 3 Nr. 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte zugunsten berufsunfähiger Kriegsteilnehmer, und der Entwurf einer Verordnung über das Verbot der Verwendung von Eiern und Eierkonserven zur Herstellung von Farben.

Betriebseinschränkung in der Schuhindustrie.

Amtlich. Berlin, 14. Juni. (W. T. B.) Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 14. Juni 1916 entsprechend den übereinstimmenden Wünschen der Verbände der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Verordnung erlassen, nach der für gewerbliche Betriebe, in denen Schuhwaren mit ledernen Unterböden irgendwelcher Art hergestellt werden — sofern die Zahl der gewerblichen Arbeiter einschließlich der Hausarbeiter (Hausgewerbetreibenden, Heimarbeiter und dergleichen) mindesten vier beträgt — die Arbeitszeit in den Werkstätten oder Fabriken für den einzelnen Arbeiter und den Betrieb in der Woche 40 Stunden ausschließlich der Pausen nicht überschreiten darf. Den Hausarbeitern darf ebenfalls nur eine entsprechend verringerte Arbeitsmenge zugeteilt werden. Durch diese Einschränkung soll bei der Knappheit der verfügbaren Vorräte an Bodenleder die Arbeitsgelegenheit vermehrt und der Entlassung zahlreicher Arbeiter vorgebeugt werden.

Um Umgehungen zu verhindern, ist weiter bestimmt, daß Personen, die in Werkstätten oder Fabriken beschäftigt werden, Arbeit zur Verrichtung außerhalb des Betriebes nicht übertragen werden darf und ferner, daß die Stücklöhne und Stundenlöhne nicht herabgesetzt, die Tages- und Wochenlöhne nur im Verhältnis der tatsächlichen Beschränkung der Arbeitszeit gekürzt werden dürfen.

Die Regelung der dabei in Betracht kommenden Fragen, zum Beispiel die Höhe der Entschädigung, die den Arbeitern für den unverschuldeten Lohnausfall zu gewähren ist, ferner die Beiträge, welche die Unternehmer zu diesen Entschädigungen zu leisten haben, die Bestimmungen darüber, unter welchen Umständen eine Verminderung der Zahl der Arbeiter stattfinden darf, wird durch die Kontrollstelle für freigegebenes Leder in der Weise erfolgen, daß nur solche Betriebe, welche versprechen, sich den Anweisungen zu fügen, Leder erhalten.

Dr. Helfferich.

Wie der „Reichsanzeiger" meldet, hat der Kaiser auf Grund des § 26 des Bankgesetzes den Staatssekretär des Innern, Staatsminister Dr. Helfferich mit der Stellvertretung des Reichskanzlers in der Leitung der Reichsbank beauftragt.

Das tägliche Brot.

Verbrauchsregelung für Kakao und Schokolade.

Eine Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 10. Juni ordnet eine Bestandsaufnahme des Kakaos und der Schokolade für alle Mengen über 25 Kilogramm und eine Verkehrsregelung für diese Waren an. Die neuen Bestimmungen lauten:

Wer Rohkakao, auch gebrannt oder geröstet, Kakaomasse, Kakaobutter, Kakaopreßkuchen, Kakaoschrot, Kakaopulver, auch in Mischungen mit anderen Erzeugnissen (zum Beispiel Haferkakao, Bananenkakao, Nährkakao aller Art usw.), Schokoladenmasse (auch Ueberzugsmasse), Schokolade aller Art mit Beginn des 13. Juni 1916 für eigene oder fremde Rechnung in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, die vorhandenen Mengen, getrennt nach Art und Eigentümern, unter Bezeichnung der Eigentümer und des Lagerungsortes der Kriegskakaogesellschaft m. b. H. in Hamburg I, Mönckebergstr. 31, bis zum 18. Juni 1916 durch eingeschriebenen Brief anzuzeigen. Anzeigen über Mengen, die sich mit Beginn des 13. Juni 1916 unterwegs befinden, sind von dem Empfänger unverzüglich nach Empfang zu erstatten. Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht auf Mengen, die

1. im Eigentum des Reiches, eines Bundesstaates oder Elsaß-Lothringens, insbesondere im Eigentum der Heeresverwaltungen oder der Marineverwaltung stehen;
2. insgesamt weniger als 25 Kilogramm von jeder der angegebenen Warengattungen betragen.

Die Waren dürfen nur von den Fabriken der deutschen Kakao- und Schokoladenindustrie oder von Firmen und Personen, soweit sie von der Kriegskakaogesellschaft m. b. H. in Hamburg dazu ermächtigt worden sind, oder von Kleinhändlern abgesetzt werden. Von dem Verkäufer ist über alle Verkäufe nach Menge und Verkaufspreis genau Buch zu führen; die Unterlagen darüber sind der Kriegskakaogesellschaft m. b. H. in Hamburg auf Verlangen vorzulegen.

Der Reichskanzler kann Ausnahmen zulassen.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geld bis zu 1500 M. bestraft, außerdem können die Vorräte eingezogen werden.

Keine Eier für technische Zwecke.

Amtlich. Eine Bekanntmachung des Bundesrats vom 14. Juni verbietet die Verwendung von Eiern aller Art (also nicht etwa nur Hühnereiern, sondern beispielsweise auch Eiern von Wildgeflügel) und von Eierkonserven zur Herstellung von Farben. Der Reichskanzler kann das Verbot auch auf die Verwendung zu anderen technischen Zwecken ausdehnen; er kann Ausnahmen zulassen. Zuwiderhandlungen sind mit Geld- oder Gefängnisstrafe bedroht.

Soziales.

Streit um die Verteilung der Setzerlöhne.

Durch Klage beim Gewerbegericht verlangte der Schriftsetzer Stolzenwald, daß ihm die Firma Rudolf Mosse, bei der er als Zeitungssetzer beschäftigt war, Einsicht in ihre Geschäftsbücher gestatte.

Zur Begründung seines Verlangens führte der Kläger aus, der Zeitungssatz werde bei der Firma Mosse von einer Entreprisegemeinschaft der Setzer ausgeführt. Eine Vertrauenskommission der Entreprisegemeinschaft berechne, was dem einzelnen Setzer nach Maßgabe seiner jeweiligen Arbeitsleistung an Lohn zukomme. Nach den Berechnungen der Kommission würden die Löhne von der Firma an die Setzer ausgezahlt. Aber diese Berechnungen seien nicht einwandfrei. Seit Oktober 1913 habe der Kläger Unregelmäßigkeiten bemerkt. Durch die Berechnungen der Kommission sei einer gewissen Gruppe von Setzern mehr, einer anderen Gruppe weniger Lohn zugeteilt worden als sie nach ihren Arbeitsleistungen hätten bekommen müssen. Der Kläger habe zu derjenigen Gruppe gehört, welche durch die falsche Berechnung geschädigt worden sei. Als er sich bemüht habe, dies festzustellen und zu seinem Recht zu kommen, sei er entlassen worden. Aus alledem schließt der Kläger, daß die Firma die falsche Lohnberechnung zugunsten einer bestimmten Setzergruppe begünstige, wenn sie auch keinen materiellen Vorteil davon habe.

Der Vorsitzende des Gerichts, Magistratsrat Dr. Schalhorn, hielt es für zweifelhaft, ob das Gewerbegericht zuständig sei, dem Kläger das Recht der Einsichtnahme in die Geschäftsbücher der beklagten Firma zuzusprechen. Andererseits gab der Vertreter der Firma an, aus ihren Büchern könnten die vom Kläger verlangten Feststellungen nicht gemacht werden. Denn die Firma zahle aus, was die Kommission der Setzer berechnet habe. Ob diese Berechnungen richtig seien oder nicht, werde von der Firma nicht nachgeprüft. Denn sie habe kein Interesse daran. Der Kläger nahm schließlich unter Vorbehalt seiner Rechte die Klage zurück. Er will bei der Staatsanwaltschaft eine Strafanzeige gegen die Firma Rudolf Mosse einreichen, in der Erwartung, daß dann durch Beschlagnahme der Geschäftsbücher die von ihm gewünschten Feststellungen gemacht werden und er auf Grund derselben seine Ansprüche später geltend machen kann. Womit der Kläger die Strafanzeige begründen will, ist nicht klar.

Das Darlehn an den Fähnrich.

Weil er gegen die strengen Verbote, Darlehen an Fähnriche auszuteilen, in einem Falle verstoßen hatte, war ein bei der Militärbekleidungsfirma Holters tätig gewesener Reisender sofort entlassen worden. Der 2. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts lag es ob, die Berechtigung der Entlassung nachzuprüfen.

Dem Kläger war der Besuch der Militärvorbereitungsanstalten für Fähnriche übertragen worden. Bei dieser Gelegenheit hat er nach seinem eigenen Zugeständnis einem Fähnrich ein Darlehn von 200 M. gegeben. Als das der Inhaber der beklagten Firma vom Kläger selber erfuhr, hielt er sich nicht nur zur sofortigen Entlassung für berechtigt, sondern auch für verpflichtet. Die Vereinigung von Militärlieferungsfirmen, der er auch angehöre, habe sich verpflichtet, jedes Mitglied, das etwa Darlehen vergebe oder vergeben lasse, auszustoßen. In § 7 der Vorschriften, ohne deren Kenntnisnahme und Unterschrift kein Geschäftsmann die Diensträume betreten darf, heißt es: „Den Geschäftsleuten ist streng verboten, Darlehen anzubieten, zu gewähren oder durch Dritte gewähren zu lassen." Der Kläger mußte von diesem Verbot auch wissen, denn er hat den Erhalt der Anstellungsbedingungen, die das Verbot der Darlehnsgewährung auch enthalten, bescheinigt. Zum Ueberfluß hatte ihn noch ein älterer Angestellter, der als Zeuge erschienene J., ausdrücklich vor der Ausstellung von Darlehen gewarnt. Die Beweisaufnahme bestätigte die Behauptung des Beklagten. Der Zeuge J. hatte in der Tat nach Geschäftsschluß in einem Café den Kläger darauf hingewiesen, er solle sich nicht etwa in Geschäfte mit Darlehnshingabe stürzen.

Das Kaufmannsgericht hielt die sofortige Entlassung für berechtigt und wies Kläger mit der Restgehaltsforderung ab. Er habe, so heißt es begründend, die Interessen des Geschäfts durch gröbliches Verschulden schwer gefährdet. Das Verbot ist nicht nur in den Anstellungsbedingungen enthalten, sondern der Zeuge J. hat ihn noch wohlmeinend verwarnt. Wo diese Unterredung stattfand, sei gleichgültig, er durfte unter keinen Umständen an die Besteller Darlehen vergeben, ganz gleich von wem das Geld komme.

Eingegangene Druckschriften.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 13 des achten Jahrganges hat u. a. folgenden Inhalt: Des Uebels Wurzel. — Schippen an der russischen Front. Von Bernhard Rausch. (Schluß.) — Psychologie. Von Rosa Heine. — Soldatengrab. Gedicht von Otto Rühlicke. — Ueber die Stülpersochstraße nach Italien. (Mit Abbildungen.) Vom Bruder Straubinger. — Ach, in der Jugend sterben ist so bitter . . . Von L. Lessen. — Aus der Jugendbewegung.

Aus Groß-Berlin.

Vom städtischen Irrenwesen.

Aus dem neuesten Verwaltungsbericht der städtischen Irrenpflege-Deputation, der soeben für das Rechnungsjahr 1914/15 erschienen ist, sind folgende Angaben von allgemeinerem Interesse: Der Krieg riß auch in das Aerzte-, Pfleger- und Arbeiterpersonal der städtischen Irrenanstalten so große Lücken durch Einberufung zum Heere, daß vorübergehend einzelne Krankenabteilungen geräumt werden mußten. Die fehlenden männlichen Kräfte im Pflegerbestande wurden auf den Männerhäusern mit Ausnahme der für verbrecherische Geisteskranke bestimmten „festen Häuser" zum großen Teil durch Pflegerinnen ersetzt, deren Leistungen im allgemeinen durchaus befriedigend gewesen sind. Schon bis zum Schluß des Berichtsjahres waren mehrere Dutzend der einberufenen Pfleger im Kriege gefallen.

Die Zahl der männlichen Kranken, besonders der Alkoholisten, hat sich nicht unerheblich vermindert, was ebenfalls auf die Einziehung der Wehrfähigen zur Armee zurückgeführt wird. Zahlreiche frühere Patienten, die erneut freiwillig Aufnahme begehrten, wurden zurückgewiesen, darunter allein 188 in Herzberge, 70 in Buch. Zur Aufnahme geisteskranker Soldaten ist der Militärbehörde eine Anzahl von Plätzen zur Verfügung gestellt worden. Ein beträchtlicherer Einfluß der kriegerischen Verhältnisse auf die Entwickelung geistiger Störungen ist, abgesehen von den geistig erkrankten Soldaten, nicht hervorgetreten. Reine Kriegspsychosen waren verhältnismäßig selten.

In der Irrenanstalt Buch konnten seit Kriegsbeginn keine Sektionen mehr ausgeführt werden, da selbst der Sektionsdiener und sein Stellvertreter zu den Fahnen einberufen war.

Die allgemeinen Gesundheitsverhältnisse haben nach dem Bericht über die Anstalt Herzberge zu Klagen keine Veranlassung gegeben. Die Ernährung der Kranken machte naturgemäß große Schwierigkeiten. Besonders seit der Brotbeschränkung trat bei einer Reihe von Kranken ein Gewichtsverlust ein, der aber, da ein Ausgleich durch Zugabe von nahrhaften Suppen und Zucker erstrebt wurde, keine bedenkliche Ausdehnung annahm.

Bei der Beratsstelle zur Unterstützung entlassener Anstaltsinsassen fand die durch die Kriegslage bedingte Steigerung der gesamten Lebenshaltung in der Gewährung erhöhter Beihilfen ihren Ausdruck. Leider konnte die Erweiterung der Fürsorgetätigkeit auf die auch aus den Irrenanstalten Dalldorf und Buch Entlassenen nicht in dem gewünschten Umfange zur Durchführung gelangen, weil auch in diesem Falle der Krieg eine verminderte Beteiligung der sonst ersprießlich tätigen Beiräte zur Folge hatte. Der durch die Presse verbreitete Aufruf zur Erlangung geeigneter Arbeitsstellen für durchaus empfehlenswerte Entlassene ist gänzlich ohne Erfolg geblieben. (z)

Listen zur Einzeichnung für die Volksspeisung.

Die Hauslisten, welche eine Feststellung darüber bezwecken, in welchem Umfang die Beteiligung an den städtischen Volksspeisungen erwünscht ist, sind bereits zur Verteilung gelangt. Wer die Absicht hat, von der Einrichtung der städtischen Speisung Gebrauch zu machen, wird deshalb aufgefordert, sich in der bei dem Hauseigentümer oder Verwalter ausgelegten Liste einzutragen. Die Eintragung in die Liste muß in der Zeit vom 15. bis 18. Juni erfolgen, da die ausgefüllte Liste spätestens bis zum 19. Juni bei der zuständigen Brotkommission abzugeben ist.

Für den Bezug der Speisen werden am Anfang jeder Woche Marken ausgegeben, die für eine bestimmte Ausgabestelle und einen bestimmten Tag, jedoch nicht für eine bestimmte Person Gültigkeit haben. Wie bereits berichtet, wird das Essen in Zentralküchen unter Aufsicht der Stadt zubereitet und zum Selbstkostenpreise verabreicht. Die Mahlzeit ist in den Ausgabestellen in der Zeit von 12—2 Uhr abzuholen; ausnahmsweise kann sie auch dort verzehrt werden. Der Preis beträgt für die ganze Portion von etwa einem Mittag 40 Pf. und für die halbe Portion 20 Pf.

Eierverkauf nach Größe.

Der Eierverkauf erfolgt bekanntlich gewöhnlich nach der Größe der Eier. Danach wird der Preis bemessen. Eierverkauf nach Gewicht ist seltener, aber nicht unbekannt. Uns sind städtische Anstalten bekannt, die nach Größe und Gewicht Eier kaufen. Im allgemeinen aber stellen die Eierhandlungen die Eier im Schaufenster aus und geben den Preis an. Das hindert aber natürlich nicht, daß der Käufer oft kleinere Eier bekommt, als ausgestellt sind. Es herrscht eben große Willkür beim Eierverkauf. Welche Scherereien ein Käufer bei einem solchen Eiereinkauf hat, schildert uns ein Leser wie folgt: Ich kaufte am 14. Mai in einem Buttergeschäft in der Bergmannstraße eine Mandel Eier. Als ich nach Hause kam, sah ich mir an, was mir die Verkäuferin in die Tüte gepackt hat. Ich stelle fest, daß oben die Eier liegen, wie sie im Schaufenster ausgestellt sind, unten befanden sich kleinere, darunter eines in der Größe eines Taubeneis. Da an dem Tage das Geschäft geschlossen war, begebe ich mich am Montagabend nach dem Geschäft und verlange mein Geld zurück. Die Verkäuferin weist mich ab. Ich frage einen Schutzmann, was da zu machen ist. Der weist mich ans Revier. Ich gehe nach dem Revier. Der Wachtmeister sagt, eine Größe der Eier sei nicht vorgeschrieben, und ich werde an den Kriminalwachtmeister gewiesen, der den Fall aufnahm, denn ich fühlte mich betrogen. Da das Ei als Beweismittel nicht mit eingeschickt werden konnte, wurde es gemessen und in der Apotheke in der Friesenstraße gewogen. Es wog 27½ Gramm. Die Verkäuferin der Butterhandlung wurde gefragt, ob sie das Ei zurücknehme, sie lehnte ab. Die Sache ging an die Staatsanwaltschaft. Jetzt erhielt ich Bescheid, daß das Verfahren gegen die Verkäuferin eingestellt sei, da Betrug nicht vorliege. In dem Bescheid heißt es:

„Wenn das Hühnerei kleiner als ein normales Hühnerei ist, so steht es Ihnen frei, wegen Mangelhaftigkeit der Ware Ihre vermeintlichen Rechte im Wege des Zivilprozesses geltend zu machen. Eine arglistige Täuschung durch die Verkäuferin mit dem Bewußtsein, Sie zu schädigen — § 263 des Strafgesetzbuches — kommt nicht in Frage."

So, nun ist der Mann auf demselben Flecke wie vorher. Einen Schutz gegen die Uebervorteilung durch Verkauf besonders kleiner Eier gibt es nach diesem Schreiben nicht. Wir sind keine Juristen, sollte aber nicht der Wucherparagraph in solchen Fällen zur Anwendung kommen können? Die Größe des Eies steht doch in keinem Verhältnis zum Preise.

Uebrigens ist die betreffende Verkäuferin kürzlich wegen eines anderen Falles zu 300 M. Geldstrafe verurteilt worden.

Drei Kinder von einer umgestürzten Fabrikmauer erschlagen.

Ein schweres, bedauerliches Unglück, bei dem drei Kinder den Tod fanden und ein viertes schwer verletzt wurde, hat sich am gestrigen Mittwochnachmittag im Stadtteile Moabit ereignet. Auf dem Grundstück der Daimler-Motorenfabrik in der Jagowstr. 32/34 stürzte eine das Grundstück nach der Straße zu abschließende Mauer ein und begrub die in der Nähe der Mauer spielenden Kinder unter sich. Dabei wurden die neun- und zwölfjährigen Töchter des in der Jagowstr. 35 wohnenden Weichenstellers Noack auf der Stelle getötet, ein drittes, kleines Kind derselben Familie, das in einem Sportwagen lag, so schwer verletzt, daß es im Krankenhause Moabit bald nach seiner Aufnahme starb. Ein viertes Mädchen wurde leichter verletzt.

Wir erfahren über das entsetzliche Unglück, das unter den Anwohnern begreifliche Aufregung hervorgerufen hat, noch folgende Einzelheiten:

Auf dem Fabrikgrundstück der Daimler-Motorenfabrik in der Jagowstr. 32/34 werden gegenwärtig Abbrucharbeiten ausgeführt. Den Schutt und die Steine aus den Abrissen hat man gegen eine etwa 8 Meter lange und etwas über 2 Meter hohe Mauer geschüttet, die inmitten eines Holzzaunes das Fabrikgrundstück nach der Jagowstraße zu abschließt. Gestern nachmittag gegen 4 Uhr nun stürzte diese Mauer plötzlich zusammen. Die gerade vorübergehenden beiden Töchter des im Nebenhause wohnenden Eisenbahnbeamten Noack, die zwölfjährige Elisabeth und die neun Jahre alte Anna, die in einem Sportwagen ihren 1½ Jahre alten Bruder vor sich her schoben, sowie ein anderes zehnjähriges Mädchen wurden von den Mauertrümmern begraben. Augenzeugen des Vorfalles sowie Arbeiter der Daimlerschen Fabrik machten sich sofort an die Rettungsarbeiten, und es gelang ihnen auch, die verschütteten Kinder zu befreien, ehe die von Passanten alarmierte Feuerwehr zur Stelle war. Leider konnten Elisabeth und Anna Noack nur noch als Leichen geborgen werden, während der kleine Bruder noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Der Kleine wurde nach dem Krankenhause Moabit gebracht, wo er bald nach seiner Aufnahme an den Folgen der erlittenen Verletzungen starb. Das vierte verunglückte Kind hat ebenfalls ziemlich erhebliche, jedoch nicht lebensgefährliche Verletzungen davongetragen; es konnte in ärztlicher Behandlung in der nahen elterlichen Wohnung verbleiben. Die Ursache des Mauereinsturzes konnte bisher einwandfrei noch nicht ermittelt werden. Es heißt, daß die gegen die Mauer geschütteten Schutt- und Steinmassen zu stark gegen das Mauerwerk gedrückt haben. Im Laufe des gestrigen Abends weilte eine Kommission der Baupolizei an Ort und Stelle, um die Ursache des folgenschweren Unglücks festzustellen.

Die Schnellbahn Gesundbrunnen-Neukölln soll abermals in besonders wichtigen Anlagen wesentlich geändert werden. Der Betriebsbahnhof soll nunmehr mit der Hauptwerkstatt an dem nördlichen Endpunkt der Bahn, der Christianiastraße, auf städtischem Gelände errichtet werden. Dort am Treffpunkt der Schul-, Schweden- und Christiania- bezw. Residenzstraße besitzt die Stadt Berlin in der Nähe des jüdischen Krankenhauses ein ausgedehntes Gelände, das sich für Bahnhofszwecke ausgezeichnet eignet. Von dort aus kann eine direkte Verbindung mit der Nordsüdbahn und der „Heidekrautbahn" unschwer und ohne besonders erhebliche Kosten zum Nutzen des gesamten Berliner Verkehrs hergestellt werden. Der für diesen hochwichtige Ringbahnhof „Gesundbrunnen" soll nach den neuesten Plänen in direkte Verbindung mit dem Hochbahnhof gebracht werden. Dieser soll nun nicht westlich der Brunnenstraße, sondern östlich über den Bahnhof erbaut werden. Die Rampen im Humboldthain sind aufgegeben worden. Die Hochbahn soll kurz vor der Brücke in der Brunnenstraße beginnen. Der Hain bleibt mit der Himmelfahrtskirche fast unberührt vom Bau. Die enge Verbindung beider Bahnhöfe liegt im Interesse des Verkehrs und aller Beteiligten. Auch die Anlagen für den Oranienplatz sind geändert worden, wodurch die Petitionen der Anwohner hinfällig geworden sind. Auf Anregung des Magistrats soll der Bahnhof Oranienplatz mit dem geplanten städtischen Bahnhof der projektierten Schnellbahn Moabit—Treptow zusammengelegt werden. Das elektrische Umformwerk soll nicht westlich des Platzes, sondern nordöstlich nahe der Dresdener Straße und dem Luisenufer seinen Platz erhalten unter Schonung der dortigen Gartenanlagen.

Eine neue Erhöhung der Schweinefleischpreise im Kleinhandel soll in Aussicht genommen sein. Es ist beabsichtigt, die Preise pro Pfund um 20 Pf. zu erhöhen; Fett um 80 Pf. Wie wir hören, soll der Grund zu dieser Preiserhöhung darin zu suchen sein, daß eingeführtes ausländisches Rindfleisch höher im Preise steht, aber in den Rindfleischverbrauch allgemein mit eingerechnet wird. Um die hierfür erwachsenen Mehrkosten wieder einzubringen, sollen die Preise für Schweinefleisch erhöht werden. Wenn die angegebene Begründung zutrifft, so würde die in Aussicht genommene Maßnahme ganz unverständlich sein und es müßte energisch Einspruch dagegen erhoben werden.

Arbeiterbildungsschule. Heute, Donnerstag abend 8½ Uhr, findet im Hörsaale der Schule, Lindenstr. 3, 4. Hof rechts 3 Treppen, der dritte wissenschaftliche Einzelvortrag statt. Genosse Dr. Franz Diederich wird über zwei Große der Weltliteratur, Shakespeare und Cervantes, deren 300. Todestag in dieses Jahr fiel, reden.

Eintrittspreis 10 Pf.

Am kommenden Sonntag, den 18. Juni, findet die dritte naturwissenschaftliche Wanderung, und zwar nach Rehagen-Kaulsdorf — Mellensee — Sperenberg — Solms — Baruther Forst — Baruth statt.

Abfahrt 7,20 Uhr morgens, Bahnhof Schöneberg (Militärbahnhof), an in Rehagen-Kaulsdorf 8,15 Uhr.

Fahrgeld insgesamt 2 M. Weglänge 35 Kilometer.

Treffpunkt Bahnhof Rehagen-Kaulsdorf (außerhalb des Bahnhofs). Proviant für den ganzen Tag ist mitzubringen! Der Ausflug findet bei jedem Wetter statt.

Teilnehmerschein 30 Pf. an den bekannten Ausgabestellen.

Schutz den öffentlichen Park- und Gartenanlagen! Die vielfach verbreitete Ansicht, daß die Rasenflächen der öffentlichen Park- und Gartenanlagen während der Kriegszeit allgemein zu Spiel- und Erholungszwecken freigegeben seien, trifft nicht zu. Die städtische Parkdeputation weist vielmehr darauf hin, daß die Ordnungsvorschriften für die Anlagen unverändert geblieben sind und bittet die Bürgerschaft, ihr beim Schutze der mit vieler Mühe und großen Kosten hergestellten Schmuckanlagen behilflich zu sein, insbesondere beim Vorkommen von Uebertretungen für Feststellung der Täter mitzusorgen.

Das „Salatöl in der Tüte".

Welche „Blüten" die jetzt so üppig ins Kraut schießende Ersatzindustrie auf dem Nahrungsmittelgebiet treibt, zeigt ein in den Handel gebrachtes Produkt mit der Bezeichnung „Salatöl in der Tüte". Der „Erfinder" dieses problematischen Saftes gibt von seinem Salatöl selbst folgende Analyse: Pflanzliches Produkt, kein Oel, konserviert, leicht gefärbt, besser und bekömmlicher als die im Handel befindlichen Salatöl-Ersatzmittel. Die Untersuchung dieses „Salatöls" hat nun ergeben, daß es aus gelb gefärbten Algen besteht, denen etwa 25 Proz. Kochsalz zugesetzt worden sind. Die Konsumenten tun also nach diesem Ergebnis am besten, wenn sie von diesem „Salatöl" sagen, „nicht in die Tüte".

Ein Fang von Bauernfängern erregte gestern vormittag einiges Aufsehen in einem bekannten Café, Unter den Linden. Dort saßen an einem Tische beisammen fünf sehr gut gekleidete Herren, die bei „diversen Getränken" augenscheinlich in der besten Stimmung waren. Plötzlich aber sahen sie wie versteinert drein, als neben ihnen ein Herr auftauchte und sie möglichst unauffällig ersuchte, ihre Zeche zu bezahlen und mit ihm hinaus zu kommen. Draußen standen noch ein paar Herren und luden alle ein, in einer bereit gehaltenen Droschke Platz zu nehmen. Das geschah ungewöhnlich schnell. Im nächsten Augenblick ging es in flotter Fahrt nach dem Alexanderplatz zu. Die fünf Herren hatten sich andere Reisen ausgedacht als die mit der Droschke, die nicht über den Alexanderplatz hinausging. Reisen in die Provinz, die nicht nur Vergnügen, sondern auch noch lockenden Gewinn versprachen. Die fünf Herren waren nämlich bekannte Bauernfänger, die von verschiedenen Behörden gesucht wurden, bisher aber nicht gefunden werden konnten.

Ueber einen aufregenden Selbstmord wird aus dem Südosten der Stadt berichtet. Dort schwang sich gestern früh ein unbekanntes Mädchen plötzlich auf das Geländer der Kottbuser Brücke und sprang, bevor einer der Vorübergehenden hinzueilen und sie festhalten konnte, in den Landwehrkanal. Ein Schutzmann holte das Mädchen mit dem Rettungskahn bald wieder heraus und brachte die Unbekannte, weil sie noch Lebenszeichen von sich gab, nach dem Krankenhaus am Urban, wo sie bald nach der Aufnahme starb. Die Tote ist etwa 18 bis 20 Jahre alt und mittelgroß, hat dunkelblondes Haar und trug ein rotes Kleid mit schwarzen Streifen, einen weißen Barchentunterrock, ein weißes Hemd, schwarze Strümpfe und schwarze Schnürstiefel.

Aus dem Klärbecken des Teltowkanals gelandet wurde gestern nachmittag die schon stark verweste Leiche eines neugeborenen Knaben. Sie war in weiße Windeln gehüllt und mit Bindfaden umwickelt. Die Kriminalpolizei leitete die Nachforschungen nach der Mutter ein.

Unfall auf der Schöneberger Untergrundbahn.

Auf dem Bahnhof Nollendorfplatz hat sich in der Nacht zum Dienstag ein Unfall zugetragen, bei dem mehrere Personen mehr oder weniger erheblich verletzt wurden. Der um 1 Uhr 20 Min. auf der Station Nollendorfplatz einlaufende letzte Zug der Schöneberger Schnellbahn fuhr mit solcher Heftigkeit gegen den Prellbock der Endstation, daß der Prellbock umgerissen wurde. Der Zug kam dann eine kurze Strecke dahinter zum Stehen. Infolge des starken Anpralles wurde der erste Wagen des Zuges stark beschädigt. Die Fahrgäste des Wagens wurden von ihren Sitzen geschleudert und kräftig durcheinandergeschüttelt, und eine Anzahl trugen Verletzungen, zumeist im Gesicht und am Oberkörper, davon. Während sich die meisten von ihnen ohne fremde Hilfe nach ihren Wohnungen begeben konnten, mußten zwei Personen, die schwer verletzt worden waren, ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Die beiden Verletzten wurden in Automobildroschken nach ihren Wohnungen gebracht. Die Ursache des Unfalls, der leicht weit verhängnisvollere Folgen hätte haben können, ist noch nicht genau festgestellt. Nach Angabe des Zugführers soll die Bremse nicht einwandfrei funktioniert haben. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Flaschenmilch.

Es wird darauf hingewiesen, daß als Flaschenmilch nur solche Milch zu betrachten sei, die auf vorherige Bestellung in verschlossenen, durch Plomben oder Papierstreifen gesicherten Flaschen ins Haus gesandt wird. Der Verkauf von Flaschenmilch im Laden oder ab Wagen hat zum Höchstpreise für Vollmilch zu geschehen. Der für Flaschenmilch zulässige Höchstaufschlag beträgt pro Liter 6 Pf., nebenbei ist für das Zubringen ins Haus ein Zuschlag von 4 Pf. pro Liter zulässig.

Eine Erhöhung des Abonnementspreises kündigt der Verlag des „Berliner Tageblatts" mit folgender Begründung an:

„Die Kosten des Papiers der Zeitung sind seit Kriegsbeginn um zirka 90 Proz. gestiegen, die der Farbe um zirka 125 Proz., die der Metalle um 200 Proz., des Oels um 300 Proz., der Stricke um über 200 Proz. In derselben Zeit stiegen auch die für Löhne aufgewandten Beträge infolge der Teuerungszuschläge erheblich. Alle diese Gründe nötigen uns zu unserem Bedauern, den Abonnementspreis des „Berliner Tageblatts" vom 1. Juli d. J. ab auf 2,40 M. monatlich zu erhöhen."

Ein Spielklub wurde im Westen der Stadt wieder aufgehoben. Er hatte sich in nächster Nähe der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in einem vornehmen Hause am Kurfürstendamm große Räume gemietet und schön eingerichtet. Der Polizei fiel seit einiger Zeit ein sehr reger Verkehr dort auf. Sie sah auch, daß ihr bekannte Leute aus- und eingingen. Die Vermutung, daß in dem Klub stark gespielt werde, bestätigte sich. Als gestern wieder einmal ein lebhafter Betrieb herrschte, machten Beamte einen überraschenden Besuch, beschlagnahmten Spielgeräte und Geld und schlossen den Klub.

Beim Angeln in der Spree ertrunken. Als gestern mittag ein etwa 13jähriger Knabe sich am Zirkus Busch mit Angeln beschäftigte, sah er plötzlich einen Schutzmann auf sich zukommen. Er geriet dadurch in Angst und fiel ins Wasser. Die Feuerwehr wurde herbeigerufen. Bei dem Eintreffen der Feuerwehr war der Knabe aber schon vom Publikum aus dem Wasser herausgezogen worden. Er wurde in ein gegenüberliegendes Haus getragen und dort von der Feuerwehr mit Sauerstoff behandelt. Trotz einstündiger Arbeit gelang es nicht, den Knaben wieder ins Leben zurückzurufen. Da er keinerlei Ausweispapiere bei sich hatte, konnte seine Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden.

Tödlicher Unfall eines Heizers. Auf der Fahrt von Wannsee nach Potsdam ist der an Bord des Sterndampfers „Graf Moltke" beschäftigte 17jährige Heizer Hermann Jaedike, der Sohn eines Bierfahrers aus Nowawes, Luisenstr. 21 wohnhaft, tödlich verunglückt. J. wollte beim Anlegen in Cladow frische Luft atmen und steckte den Kopf durch die Luke aus dem Maschinenraum. Hierbei achtete er nicht auf die Nähe der Bohlen am Anlegesteg, und er geriet mit dem Kopf zwischen Bohlen und Bordwand. Der Kopf wurde vollständig zermalmt. Der Unfall, der sich in der Mittagsstunde des Pfingstsonnabends ereignete, wurde erst bemerkt, als die Leiche des J. in den Heizraum zurückfiel. Nach der Landung wurde die Leiche nach dem Neuen Friedhof in Potsdam gebracht.

Vermißt wird seit dem 14. September 1914, vormittags, nach einem Gefecht der Musketier Hans Hirsch vom aktiven Inf.-Reg. 24, 8. Kompagnie. Hat jemand Nachrichten von Angehörigen, die am gleichen Tage in Gefangenschaft gerieten oder Angaben, wie sich das Gefecht abgespielt hat? Benachrichtigungen erbittet Familie Hirsch, Berlin, Tempelherrenstr. 8.

Aus den Gemeinden.

Abgabe von Eiern in Charlottenburg.

Der Verkauf von Eiern in Charlottenburg darf nach einer Verordnung des Magistrats vom 13. Juni ab nur gegen Vorlegung der städtischen Fleischkarte erfolgen. Auf die einzelne Fleischkarte dürfen nicht mehr als zwei Hühnereier in einer Kalenderwoche abgegeben werden. Der Verkäufer muß bei Abgabe der Eier das Mittelstück der Fleischkarte durchlochen und darf vor dem 19. Juni auf eine bereits durchlochte Karte Eier nicht mehr abgeben; auf eine zweimal durchlochte Karte dürfen Eier überhaupt nicht verkauft werden. Wegen der Zeit nach dem 25. Juni ergeht eine besondere Bestimmung.

In Neukölln können Eier nur gegen Vorlegung der Brotkarten entnommen werden, jedoch nicht mehr als zwei Stück auf jede Karte. Beim Verkauf ist das Mittelstück der Karte mit dem Vermerk Eier zu versehen.

Für Schöneberg ist bestimmt worden, daß Eier nur gegen Vorlegung der Lebensmittelkarte abgegeben werden, ebenfalls je zwei Stück auf jede Karte, das Kopfstück der Karte ist zu durchlochen.

In Wilmersdorf können je zwei Eier nur gegen Entwertung einer Fleischkarte bezogen werden.

Verkauf von Fleischdauerwaren in Spandau.

Vom heutigen Tage ab wird in den städtischen Verkaufsstellen im Rathause der Verkauf von Fleischdauerwaren erfolgen. Es kommen zu den in den Verkaufsstellen angeschlagenen Preisen zum Verkauf: a) geräucherter Speck, b) geräucherter Schinken, c) Preßsaftschinken, d) Blockwurst, e) Rind- und Schweinefleischkonserven.

Auf Feld 16 der neuen Fleischkarte werden 125 Gramm von den Waren a) bis d) (nach Maßgabe der vorhandenen Vorräte) und eine Pfund-Dose Rind- oder Schweinefleischkonserven abgegeben.

Da täglich nur eine beschränkte Anzahl von Fleischkarteninhabern abgefertigt werden kann, wird eine Verteilung auf die einzelnen Verkaufstage nach den auf den Fleischkarten angegebenen Nummern erfolgen.

Es können zunächst kaufen: am Donnerstag, den 15. d. M., von 9 bis 12 Uhr die Inhaber der Fleischkarten: Nr. 1 bis 500 Verkaufsstelle I, Nr. 501 bis 1000 Verkaufsstelle II; von 4 bis 7 Uhr Nr. 1001 bis 1500 Verkaufsstelle I, Nr. 1501 bis 2000 Verkaufsstelle II; am Sonnabend, den 17. d. M., von 9 bis 12 Uhr die Inhaber der Fleischkarten: Nr. 2001 bis 2500 Verkaufsstelle I, Nr. 2501 bis 3000 Verkaufsstelle II; von 4 bis 7 Uhr Nr. 3001 bis 3500 Verkaufsstelle I, Nr. 3501 bis 4000 Verkaufsstelle II.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Ziemlich kühl, östlich der Oder vorwiegend trübe mit Regenfällen, weiter westlich zeitweise aufklarend, jedoch sehr unbeständig mit öfter wiederholten Niederschlägen.

Aus aller Welt.

Schwere Unwetterschäden.

Außer den schon gemeldeten Unwetterschäden in Oberbayern und Oberösterreich liegen jetzt noch weitere Nachrichten aus anderen Gegenden vor. Am Dienstag zog ein schweres Unwetter über die Gegend von Tribsees (Reg.-Bez. Stralsund) auf, das sich über Stadt und Umgebung entlud. Dem wolkenbruchartigen Regen folgte ein viertelstündiger schwerer Hagelschlag. Der in den Feldern angerichtete Schaden wird als sehr bedeutend geschildert. Auch aus anderen Gegenden Pommerns werden schwere Gewitter gemeldet. — Am zweiten Pfingstfeiertag gingen tagsüber mehrere schwere Gewitter über die Stadt Danzig hinweg, verbunden mit wolkenbruchartigen Regengüssen und ganz beträchtlichen Hagelschauern, die in der Umgegend erhebliche Schäden verursacht haben. Ein Blitzstrahl schlug in eine Kirche in Danzig ein, als dort gerade Gottesdienst gehalten wurde. Der Strahl traf den Altar und betäubte den Geistlichen, der sich aber bald wieder erholte. Auch sonst richtete der Blitzstrahl in der Kirche noch großen Schaden an. Personen wurden jedoch nicht weiter getroffen. — Aus dem Schwarzwald wird gemeldet, daß dort bei ungewöhnlicher Kälte Schnee gefallen ist.

Die Mutter erschossen. In Breslau erschoß der bei seinen Eltern wohnende 19jährige Arbeiter Schubert mit einem Revolver seine Mutter und tötete sich dann selbst durch einen Schuß in die Schläfe. Ob der tödliche Schuß gegen die Mutter nur versehentlich abgegeben wurde, oder ob ein beabsichtigter Mord vorliegt, steht noch nicht fest. — Ein ähnlicher Fall ereignete sich in Grunwald bei Reinerz (Schlesien). Dort legte ein Schulknabe das Gewehr eines im Quartier befindlichen Grenzwachtsoldaten auf die Mutter an, um sie zu erschrecken. Da sich die Sicherung des Gewehrs durch die Handgriffe des Jungen gelöst hatte, entlud sich der Schuß. Er zerriß der Mutter die Hauptschlagader und führte den baldigen Tod der Frau herbei.

Eine fünfzehnjährige Mörderin. Im Wäldchen bei Bolewetz (Böhmen) wurde die fünfzehnjährige, auf den Skodawerken beschäftigte Arbeiterin Paw ermordet aufgefunden. Als Täterin wurde eine fünfzehnjährige Arbeitskollegin namens Marie Bibar festgestellt, die die Paw durch 14 Messerstiche tötete, und ihr den Wochenlohn und ihre neuen Schuhe raubte. Die Täterin wurde verhaftet.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

R. L. Sie müssen bei dem für Ihren Wohnsitz zuständigen Amtsgericht die Ansetzung eines Termins zwecks Austrittserklärung aus der Landeskirche beantragen. Sie erhalten dann vom Gericht eine Aufforderung, innerhalb einer bestimmten Zeit vor dem Amtsgericht persönlich Ihren Austritt zu erklären. — **Werte 96.** 1. Nein. 2. Reichswochenhilfe auf Grund der Mitgliedschaft des Ehemannes bei einer Krankenkasse wird nur Frauen von Kriegsteilnehmern gewährt. 3. Wenn die Mutter nicht selbst Kassenmitglied ist, hat sie keinen Anspruch auf Wochenhilfe. — **G. K. 2.** Ja. — **A. S. 10.** Wenn der Sohn zu Ihrem Unterhalt überwiegend beigetragen hat, können Sie Antrag auf Kriegselterngeld beim zuständigen Polizeirevier stellen. — **A. M. 113.** Wenn Sie nur nach dem Verbleib des Portemonnaies gefragt haben, kann darin keine Beleidigung erblickt werden. — **A. M. 5.** Der Vater des unehelichen Kindes hat darüber nicht zu verfügen. Das Kind bleibt wie bisher in Ihrer Pflege. Auch nach der Verheiratung hat der Vater die Unterhaltsgelder zu zahlen. — **Moritz 614.** Der Antrag ist an das Polizeipräsidium in Berlin, Alexanderstraße 3—6, zu richten. Sie müssen sich aber zunächst einen Ausweis über Ihre bisherige Staatsangehörigkeit beschaffen. — **G. K. 16.** Auch das Einkommen der Tochter muß mitangegeben werden. — **H. W. 50.** 1. Nein. 2. Ja. — **B. S. 29.** 1. Ja. 2. Sie sind steuerpflichtig, und zwar zum Staatseinkommensteuersatze von 26 M. jährlich, dazu kommt noch die Gemeindeeinkommensteuer.

Dem Steindrucker
Karl Metten
zum 75. Geburtstage die besten Glückwünsche. [106R
O. W. E. K.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Frankfurter Viertel. Bez. 256.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Gastwirt
Karl Spaet
Blumenstraße 19
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 16. Juni, nachmittags 4½ Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 214/11
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Kranken-, Sterbe- u. Zuschußkasse für männl. Personen aller Berufe Groß-Berlin.
Am 12. Juni verstarb unser Mitglied, der Gastwirt
C. Spaet.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Freitag, nachmittags 4½ Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt. 284/16
Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler zu Hamburg.
Verwaltung Berlin B.
Am 13. Juni starb nach langer, schwerer Krankheit unser langjähriger Bevollmächtigter
Georg Ritter.
Er war uns allen ein lieber Freund, und werden wir sein Andenken stets in Ehren halten.
Der Vorstand.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 825b

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Filiale Schöneberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Kassierer
Heinrich Riethmüller
nach längerem Leiden sanft entschlafen ist. 820b
In seiner 16jährigen Tätigkeit als Kassierer hat er sich in hohem Maße das Vertrauen der Mitglieder erworben und werden wir seiner stets ein ehrendes Gedenken bewahren.
Die Einäscherung findet am Freitag, den 16. Juni, nachmittags 3 Uhr, im städtischen Krematorium, Gerichtstr. 37/38, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Dem Kriege zum Opfer fiel am 8. Mai 1916 unser geliebter Sohn, der Werkzeugmacher
Otto Born
Infanterie-Regiment Nr. 52,
im 21. Lebensjahre.
Die tiefbetrübten Eltern und Geschwister,
Max Born, Treptow.
11R

Allen Genossen, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß am 12. Juni nach kurzem aber schweren Leiden mein lieber Mann, Bruder, Schwager und Onkel, der Gastwirt
Karl Spaet
Blumenstr. 19
im 69. Lebensjahre gestorben ist.
Die Beerdigung findet Freitag, den 16. Juni, nachmittags 4½ Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofs in Friedrichsfelde aus statt. 80R

Nachruf.
Dem Weltkriege zum Opfer gefallen ist nun auch unser lieber Kollege, der Werkzeugmacher
Otto Born
im Alter von 21 Jahren.
Wir verlieren in ihm einen guten, zuverlässigen Kollegen und werden seiner in Ehren gedenken. 11R
Die Kollegen u. Kolleginnen der Abteilung Born
D. T. W.

Zum Gedächtnis
an den Todestag meines unvergeßlichen Gatten und treusorgenden Vaters seiner Kinder, des Wehrmannes
Hermann Oestreich
gefallen am 15. Juni 1915.
In tiefstem Schmerz
Alma Oestreich
32R und Kinder.
Vor des Todes düstern Armen,
Da taucht Dir auf ein Heimatbild,
Es faßt Dein Herz ein tief Erbarmen
Um Deine Gattin und Deine Kinder.
Wir müssen ohne Dich durchs Leben wandern
Und weinen still um ein verlornes Glück.

Am 11. d. Mts. ist unsere Tochter
Gertrud
nach kurzem, schwerem Leiden sanft entschlafen. 828b
Dies zeigen, um stille Teilnahme bittend, an
Karl Tenzer, zurzeit im Felde, nebst Ehefrau Emma geb. Hoffmann u. Schwester Hildchen.
Die Beerdigung findet heute, nachm. 3 Uhr, auf dem Nazareth-Kirchhof in Reinickendorf-West, Kögelstraße, statt.

Spezialarzt
für Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinkranke jeder Art, **Ehrlich-Hata-Kuren,**
Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum.
Sprchst. 9-11, ½6-½9, Sonntags 9-2. Honorar mäß., auch Teilzahl.
— Separates Damenzimmer. —

Haben Sie **Fußbeschwerden?**
empfehle nach Maß passend gearbeitete **Stützeinlagen** sowie **Bruchbandagen** aller Art, Leibbinden, Stützkorsetts usw., Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege.
Pollmann, Bandagist,
Berlin N, Lothringer Str. 60,
Lieferant für Krankenkassen.

Die Glocke
Sozialist. Wochenschrift. Herausgeber **Parvus.**
11. Heft. **II. Jahrgang.**
Inhalt:
Wilh. Häusgen: Heim, Werkstatt und Arbeit für Kriegsverletzte (III. Teil, Schluß) / A. Tosi: Das lettische Volk und der Krieg (I. Teil) / Hermann Mattutat: Mittelstands- und Arbeiterkriegshilfe / Edgar Steiger: Das Mare Liberum des Hugo Grotius / Ernst Mehlich: Staatsaufsicht für das Nahrungsmittelgewerbe / Die Woche / Aus unserer Sammelmappe.
Einzelheft **20** Pf.
Vierteljährlich **2,50** M. bei allen Buchhandlungen, Kolportagegeschäften und Postanstalten.
Einbanddecken in Leinen für den I. Jahrgang 60 Pf., Porto 10 Pf.
Verlag für Sozialwissenschaft
G. m. b. H., München, Altheimereck 19.

CARDINAL
ZIGARETTEN
sind Qualitätsmarken

FOVEAUX
RAUCHTABAKE
überall erhältlich

Möbelfabrik „Stern"
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Bilanz per 31. Dezember 1915.

Aktiva.

Kassenbestand	3 264,85
Warenbestand	24 768,00
Inventar-Konto, 20 Proz.	1 811,88
Debitoren-Konto	7 043,75
Bank-Konto	1 302,95
Gewinn- u. Verlust-Konto	8 002,16
	45 883,04

Passiva.

Anteil-Konto	450,00
Darlehn-Konto	39 209,73
Reservefonds-Konto	458,00
Zinsen-Konto	2 342,31
Unkosten-Konto usw.	985,00
Kreditoren-Konto	2 438,00
	45 883,04

Die Zahl der Genossen beträgt am Schluß des Geschäftsjahres 15; eingetreten sind im verflossenen Geschäftsjahr keine, ausgetreten auch keine.
Das Geschäftsguthaben der Genossen beträgt 450 M., die Haftsumme auch 450 M.
Das Geschäftsguthaben und die Haftsumme haben sich nicht vermehrt und nicht vermindert. 108/9
Der Vorstand.
Braun. Laupichler.

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)
II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahlsendungen sofort.
Amt Zentrum 7890.
Sonntag 12—2 Uhr geöffnet.

Führer durch das preußische Einkommensteuergesetz
Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister
Preis 40 Pf.
Zu haben in allen 32
Vorwärts-Ausgabestellen und in der Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW., Lindenstraße 3

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

Alkoholfr. Getränke
Franz Abraham
Fabr. Messina-u. Römertrank-Kell. C. 25 Bartelstr. 8a, Fernsp. Kgst. 13708

Bade-Anstalten
Central-Bad Neukölln Anzengruberstr. 23.
Diana-Bad Koppenstr. 93 sämtliche Bäder.
National-Bad, Brunnenstr. 9.
Passage-Bad Kottbuser-Damm 78.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.

Bäcker- u. Konditoreien
Er. Friedrich, Eisenbahnstr. 31.
Oskar Hanke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow
Gegründet 1892.
F. Kiesewetter, Schivelbeinerstr. 16.
Felix Kynast, Dänenstr. 5.
G. Meier, Grünerweg 27.
Fr. Pribyl, Osnabrückerstr. 36.
Turban Filialen in allen Stadtteilen.
Emil Werk, Samariterstr. 6.
Otto Wolff, Treptow, Krüllst. 16
Zachan, Gr.-Lichterf., Chausseestr. 85a
Paul Zastrow, Stromstr. 33.

Bandagen, Gummiw.
R. Baske, Stralauer Str. 56.
E. Kraus, Kommandantenstr. 55.
A. E. Lange, Brunnenstr. 166

Butter, Eier, Käse
Wilhelm Göbel
25 eigene Filialen.
August Holtz 15 Detail-Geschäfte.
Herm. Kunert, Culmstr. 29
Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte
Kosmalla, E., 4 Detail-Geschäfte
Schröter, R.
43 Verkaufsstellen 43
Uhly & Wolfram

Cigarrenfabriken
JUHL
250 GESCHÄFTE
J. Neumann
200 Niederlagen

Bierbrauerei., Bierhandlg.
Brauerei Bötzow
empfiehlt
Qualitätsbiere
ersten Ranges.
Osw. Berliner
Ur-Berliner, hell und dunkel
C. Habels Brauerei
hell — Habelbräu — dunkel.
Münchener Brauhaus
Berlin und Oranienburg
Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Breithaupt,
Pallisadenstr. 97 Tel. Kgst. 2881, 2882

Drogen und Farben
Werder-Drogerie, Britz Rudowerstr. 5a

Essigfabriken
Timmer-Essig
überall erhältlich!

Cacao, Schokolade, Confitüren
SAROTTI
Kakao und Schokolade
preiswert
beliebt in jedem Haushalt.

Eisen, Stahlw., Waffen, Werkz.
Carl Jung, Stromstr. 31.
Rühlmann, P., Müllerst. 40b, E. Seest

Fleisch- u. Wurstw.
W. Beck
Inh.: Herm. Gerbsch
Charlottenburg, Berlinerst. 68-69
Fleisch- und Wurstwarenfabrik
Willy Gericke, Petersburgerstr. 31
Otto Kongel, Alte Jacobstr. 26.
Luebke, Joh. Rostockerstraße 45. Fleisch. u. Wurstfabr.

Hüte, Mützen, Pelzwaren
Schoerr, Herm., Wilmersd.-St. 46
Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19

Herren-u. Knabengard.
J. Baer Badstr. 26, Ecke Prinzen-Allee.
Fabisch & Co. Rosenthalerstr. 3. Eckhaus Linienstr
Leske & Slupecki, Schlsh.-Allee 7

Kolonialwaren
Fritz Hübner, Schliemannstr. 11.

Kaffee-Rösterei
A. Zuntz sel. Wwe.
Filialen und Niederlagen in allen Stadtteilen
Nur reelle Qualitäten
Anerkannt vorteilhafte Bezugsquelle
Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade etc.
Hamburger Kaffee-Importgeschäft
Emil Tengelmann

Mehlhandlungen
Bethke, Georg, Hasbauerstraße 44. Neukölln, Elbestr. 23, Kaiser-Friedr.-Str. 64, Wesestr. 159, Friedelstr. 33 Treptow, Grätz-Straße 44.
Gaege, Otto Charlottenburg.
F. Pflugmacher, Colonnenstr. 48.
F. W. Sichter Wrangelstr. 75 Ecke Cuvrystr.

Kurz-, Weiß-, Wollw., Trikotag.
Hermann Meyer, Schivelbeiner St. 11.

Photogr. Apparate
M. Albrecht SO. Kottbuserstr. 2. auch Gelegenheitskf.
Photo-Jansen, Hauptstr. 23.

Molkereien
„Schweizerhof",
Meierei und Milchkuranstalt.
Emdener Str. 46. :: Tel. II 2585.

Nähmaschinen
Bellmann, E., Gollnowstr. 26 Nähmaschinen
Singer Nähmaschinen
Läden in allen Stadtteilen.

Optiker, Mechaniker
Groß, Paul, Warschauerstr. 66.
Schubert, Carl, Nkln. Bergstr. 148

Weine, Liköre, Fruchtsäfte
Hugo Beling
60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co, Act.-Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.
Underberg
Boonekamp
SEMPER IDEM
anerkannt bester Bitterlikör

Meierei C. Bolle
A.-G.
Berlin N. W. 21 :: Alt Moabit 98/103 ::
Ältester und größter Milchwirtschaftlicher
Grossbetrieb

Schreibwaren
O. Prochnow, Nkln. Hermannstr. 49

Uhren u. Goldwaren
Lehmann, Alb., Frankf. Allee 40

Versicherungen
„Deutschland" Berlin
Arbeiterversicherung — Schützenstraße 3. Sterbekassenversicherg.

Wirtschaften, Etablissem.
O. Kohloff, Nkölln, Brauerei Königstadt
Original-Schultheiß-Ausschank
Alexanderpl., Rich. Schloßnies.

Mahlsdorf
Frau A. Pagel, Kolonialwaren.

Mariendorf
H. Wagner, Königst. 11, Fleisch.-Wurstw

Spandau
Scheuerlein, Breitest. 35, Fleisch.-Wurstw

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.